

# SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 92

JANUAR 1992

50 Pfennig

## Genschers Balkan-Putsch in der EG Großdeutsches Euro-Reich

„Wir würden im Rahmen der Neuordnung Europas ein selbständiges Kroatien vorsehen, wenn der jugoslawische Staat an seinen Fehlern zugrunde geht.“ Klingt bekannt? Dies stammt nicht von Hans-Dietrich Genscher, sondern von Ribbentrop, dem Nazi-Außenminister, aus einem Schreiben an seinen Botschafter in Zagreb vom 31. März 1941. Zehn Tage später wurde der „unabhängige Staat Kroatien“ unter der Nazi-Marionette Poglavnik (Ustascha-Führer) Pavelic ausgerufen, als die Wehrmacht auf Belgrad marschierte. Slowenien war bereits dem Dritten Reich einverleibt worden. Zusammen mit ihrem Verbündeten, dem Italien des Duce, haben die von den Nazis unterstützten faschistischen Ustaschi, deren Grausam-

keit selbst die hartgesottenen Typen von Wehrmacht und SS abstieß, Hunderttausende Serben und andere Slawen, Juden und Roma ermordet, bevor der von Kommunisten geführte Aufstand Jugoslawien aus der Hölle der faschistischen Völkermordmaschine befreite.

Der wiedervereinigte deutsche Imperialismus verläßt sich auf die Macht seiner Banken statt seiner Panzer ... im Moment. Aber wenn es irgendeinen Zweifel gab, wer bei der „Neuen Europäischen Ordnung“, die im Dezember beim EG-Gipfeltreffen in Maastricht verkündet wurde, das Sagen hat, dann wurde dies ein paar Tage später klargestellt über die Frage der Anerkennung der von

*Fortgesetzt auf Seite 18*

## Zerstückelung der Sowjetunion heißt Desaster

8. Januar – Ende Dezember hat Boris Jelzin offiziell den Kreml übernommen und Michail Gorbatschow im Namen der russischen Nation ausgebootet. Damit hat er die letzten Überbleibsel der sowjetischen Zentralregierung abgeschafft. Eine Woche später „liberalisierte“ er die Preise und senkte damit über Nacht den Lebensstandard der Werktätigen radikal um 75 Prozent. Die Imperialisten in Wall Street und Washington, Berlin und Tokio verkündeten den totalen Sieg im Kalten Krieg gegen den „Kommunismus“.

Auf dem Papier ist die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken durch eine „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ ersetzt worden. Aber in der Realität hinterläßt die Zerstückelung der UdSSR keine abgeschlossene kapitalistische Konterrevolution, sondern einen Riesenschlamassel. Nach sechs Jahren Perestroika à la Gorbatschow

*Fortgesetzt auf Seite 15*

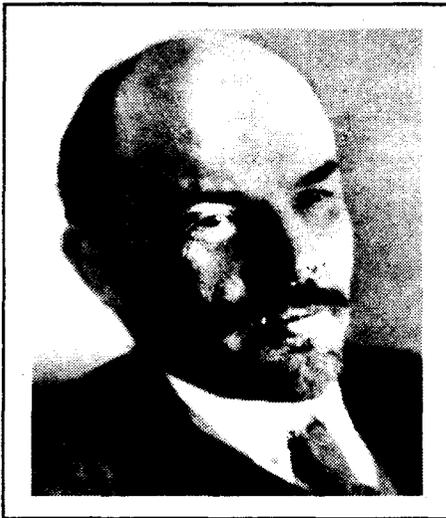


**Jelzins Marktreform: Festnahme eines Zuckerdiebes in Kiew (links); Marktfräulein in Moskau. Für Arbeiterkomitees zur Kontrolle der Lebensmittelversorgung, verbunden mit Arbeitermilizen!**

*Der Spiegel*

**Sowjetische Arbeiter brauchen eine bolschewistische Partei!**

# Für den Kommunismus der Drei L!



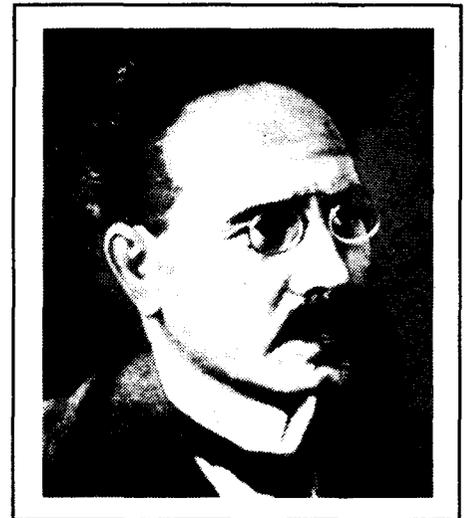
W.I. Lenin

Progress Publishers



Rosa Luxemburg

Dietz Verlag Berlin



Karl Liebknecht

Dietz Verlag Berlin

In der Tradition der frühen kommunistischen Bewegung ehren wir Trotzlisten im Januar die Drei L – W. I. Lenin, der am 24. Januar 1924 gestorben ist, und Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die beide im Auftrag der Sozialdemokratie am 15. Januar 1919 ermordet wurden. Gegen das bürgerliche Triumphgeschrei über den „Tod des Kommunismus“ verkörpern diese drei Führer der Arbeiterbewegung die revolutionäre Einheit der sowjetischen, polnischen und deutschen Arbeiter. Die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) kämpft für das Programm des proletarischen Internationalismus, das diametral entgegengesetzt ist zum nationalistischen Dogma vom „Sozialismus in einem Land“, dem Grundpfeiler des zusammengebrochenen Stalinismus. Wir kämpfen für eine internationale bolschewistische Partei in der Tradition der Drei L, die die Arbeiterklasse und alle Unterdrückten im Kampf gegen das Vierte Reich und Jelzins Konterrevolution zum Sieg führt.

Nachstehend drucken wir einen Auszug aus dem „Brief an die amerikanischen Arbeiter“ ab, den Lenin am 20. August 1918 geschrieben hat:

„Wir wissen, Genossen amerikanische Arbeiter, daß Ihr uns wohl noch nicht so bald zu Hilfe kommen werdet, denn

die Entwicklung der Revolution in den verschiedenen Ländern vollzieht sich in verschiedenen Formen und in verschiedenem Tempo (und kann sich auch nicht anders vollziehen). Wir wissen, es kann auch so kommen, daß die europäische proletarische Revolution nicht in den nächsten Wochen ausbricht, so schnell sie auch in letzter Zeit heranreift. Wir bauen darauf, daß die internationale Revolution unausbleiblich ist; das bedeutet aber keineswegs, daß wir törichterweise damit rechnen, die Revolution werde unbedingt innerhalb einer *bestimmten* kurzen Frist beginnen. Wir haben in unserem Lande zwei große Revolutionen erlebt, 1905 und 1917, und wir wissen, daß Revolutionen weder auf Bestellung noch auf Verabredung gemacht werden. Wir wissen, daß die Umstände, die *unsere*, die russische Abteilung des sozialistischen Proletariats vorgeschoben haben, nicht auf unsere Verdienste zurückzuführen sind, sondern auf die besondere Rückständigkeit Rußlands; wir wissen, daß *vor* dem Ausbruch der internationalen Revolution eine Reihe von Niederlagen einzelner Revolutionen möglich ist.

Und dennoch sind wir fest davon überzeugt, daß wir unbesiegbar sind, denn die Menschheit wird durch das imperialistische Gemetzel nicht gebrochen werden, sondern sie wird es überwinden. Und das erste Land, das die Zwangsketten des imperialistischen Krieges *zerrissen* hat, war *unser* Land. Wir haben die schwersten Opfer gebracht, um diese Ketten zu sprengen, und wir *haben* sie *gesprengt*. Wir stehen *außerhalb* der imperialistischen Abhängigkeitsverhältnisse, wir haben vor der ganzen Welt das Banner des Kampfes für den völligen Sturz des Imperialismus entrollt.

Wir befinden uns gleichsam in einer belagerten Festung, solange uns nicht andere Abteilungen der internationalen sozialistischen Revolution zu Hilfe kommen. Aber diese Abteilungen sind *vorhanden*, sie sind *zahlreicher* als die unsrigen; sie wachsen, reifen heran und erstarken, je länger die Bestialitäten des Imperialismus fortdauern. Die Arbeiter brechen mit ihren Sozialverrättern, mit den Gompers, Henderson, Renaudel, Scheidemann, Renner. Langsam, aber unentwegt, kommen die Arbeiter zur kommunistischen, bolschewistischen Taktik, zur proletarischen Revolution, die allein imstande ist, die Kultur, die Menschheit vor dem Untergang zu retten.

Mit einem Wort, wir sind unbesiegbar, denn unbesiegbar ist die proletarische Weltrevolution.“ ■

## SPARTAKIST

herausgegeben von der  
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS  
Internationale Kommunistische Liga  
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Toralf Endruweit,  
Michael Jäger, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin),  
Bert Matthes (Produktion), Jan Norden,  
Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Kurt Weiss,  
Fred Zierenberg  
VERTRIEB: J. Pfeiffer

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74  
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH  
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11, Fax (0 40) 33 01 54  
Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51, Fax (0 30) 4 91 14 79  
Redaktion Spartakist: Tel. Westberlin 4 91 45 48, Korrespondenz über Verlagsanschrift  
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde  
Konto 119 88-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60  
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion  
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb  
ISSN 0173-7430

Nr. 92

Januar 1992

# Sieg der Antifaschisten in Moabit

**Berlin, 4. Dezember:** Vor dem Amtsgericht Tiergarten zeigten Linke, Immigranten, Schüler, Antifaschisten ihre Solidarität mit den Antifaschisten von Moabit. Am Megaphon der im Prozeß freigesprochene Michael Philippsen, links hinter ihm Renate Dahlhaus, deren Verfahren eingestellt wurde



Spartakist

Nach einer fast dreijährigen Verteidigungskampagne wurde von einem Berliner Gericht das Verfahren gegen Renate Dahlhaus, die Sprecherin der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD), eingestellt und der SpAD-Unterstützer Michael Philippsen freigesprochen. Was auf dem Spiel stand, war das Recht auf Selbstverteidigung gegen Nazi-Terror. Dieser bedeutende Sieg für alle Antifaschisten wäre nicht möglich gewesen ohne die Mobilisierung von breiter

öffentlicher Unterstützung, darunter fast 300 Organisationen und Einzelpersonen, die die Einstellung der Verfahren forderten. Bezeichnend für die „Justiz“ des Vierten Reichs sind die von der SPD angeführten Hexenjagd-Prozesse gegen ehemalige DDR-Führer, Grenzsoldaten und PDS-Funktionäre, die alle in genau dem gleichen Gerichtsgebäude wüteten, wo man jetzt auch Honecker aufspießen will.

Fortgesetzt auf Seite 4

## Antifaschistischer Sieg in der Presse

### Verfahren eingestellt

Antifaschisten von Moabit wurden freigesprochen

**UNGEWELT**  
gegen die Antifaschisten ändert. Im vorigen Ha in Amtsge in wurde Renate I ügung ei stellt. Michael Pheillippen sich in dem heftig kritisi Verfahren wegen Körper letzung verantworten se wurde freigesprochen. E

### WAHLKAMPF

### Freispruch für Antifas

Berlin

### die tageszeitung

5. Dezember 1991

Michael P. wurde freigesprochen von

### Gerichtsbericht

### Ex-Reps in der Rolle von Biedermännern

### Berliner Linke: Dezember 1991

Der Vorsitz im SAAB B 136 des Antifaschistischen Tiergarten als Zeugen gegen Spartakist-Sprecherin Renate Dahlhaus und SpAD-Sympathisant Michael Philippsen aus Hamburg. Beide Antifaschisten hatten Berufung gegen Strafbefehle angelegt, weil sie an

späten Abend des 14. Februar 1989 Flag-Leute attackiert haben sollten. Der Hintergrund: In einer Moabiter Piazza, die als Treff der Linken und der Immigranten einen guten Ruf genießt, fand eine antirassistische Veranstaltung mit Filmvorführungen statt. Vor dem Lokal rotierte sich eine Klobokolonie der Flagge - es war die heiße Phase des Wahlkampfes für das Wasserleitersamt. Zusammen mit mehreren Menschen höchst

dann doch wiederum nicht. Zu den gefährlichen Verwicklungen, gehörte die Zuordnung nach Lenin- und Trozki-Dämon. Vorkämpfer Rüdiger Jung konnte sich den lockeren Scherz nicht verweigern, die Beschreibung passete auf den Herrn Staatsanwalt. Entwarnungsklick nach fast drei Jahren sind erköhlich, doch was die Belastungszeugen anboten, mußte dazu führen, daß Michael Philippsen freigesprochen und das Verfahren gegen Renate Dahlhaus eingestellt wurde.

Sympathie mancher Polizisten gewiß sein können. Die Gespinnste beabsichtigt, mit der Bernd Handschuhmacher im Februar 1989 herumgelauscht hatte, legte er sich auf Empfehlung der Polizei zu. Zum ersten Prozeß gegen die beiden Antifaschisten im März dieses Jahres wurden dem REP-Chef Carsten Pagen eine Eskorte von Polizisten in Zeit begeben, die den Rechtsanwältin durch einen Sondergang in den Gerichtsstand führte. Nicht zu vergessen: Bernd Handschuhmacher steht vor einer juristischen Karriere, und Rechtsanwältin Carsten Pagen gilt, wie verläutelt, unter rechtsradikalen Sinnschicks als eine gute Adresse für den Fall der Fälle.

In einer Erklärung des Komitees zur Verteidigung der Antifaschisten von Moabit wird Renate Dahlhaus zitiert. Auf einer antifaschistischen Demonstration in Halle hatte sie am 9. November gesagt, die breiteste Mobilisierung aller Antifaschisten sei erforderlich.

Gerhart Keller

### Aufruf zu antifaschistischer Kundgebung:

### Es geht im Moabit-Prozeß um das Recht, sich gegen Nazi-Terror zu verteidigen

(ND). Das Komitee zur Verteidigung der Antifaschisten von Moabit ruft zu einer Kundgebung am kommenden Mittwoch, 4. Dezember, um 13 Uhr, vor dem Amtsgericht Tiergarten, Turmstraße 91, auf. Dort stehen zur gleichen Stunde im Saal B 136 Spartakist-Sprecherin Renate Dahlhaus und Michael Philippsen wieder vor Gericht. In einer Erklärung verweist das von 350 Organisationen und Personen unterstützte Komitee darauf, daß es in dem Moabit-Prozeß um das Recht geht sich gegen

Veranstaltung gegen einen bewaffneten Überfall der Republikaner verteidigt. Die Folge: Renate Dahlhaus und Michael Philippsen, die der Prozeß gemacht. Im März 1991 begann der Prozeß mit einer Provokation durch Antifaschisten, als sie, Carsten Pagen, angeführt hatte, mit einem Leibgarde-Trupp durch einen Geheimgang in den Verhandlungssaal marschierte, der normalerweise für Gefangene reserviert ist. Die Richterin weigerte sich, die Identität der

stellten daraufhin Befangenheitsanträge, die inzwischen vom Amtsgericht abgelehnt wurden.

### Neues Deutschland 29. November 1991

Nazi-Terror markiere, und erinnert an die Worte von Andrej Hermlin vom Berliner PDS-Landespartei-Vorstand bei der Kundgebung am 24. Mai vor dem Amtsgericht Tiergarten: „Es wäre schon eine bittere

### Wahl-Nachlese vor Gericht

Trotzkisten sollten Republikaner mit Leiter bedroht haben

Wahlkampf 1989: In Alt-Moabit liefern sich Trotzkisten und Republikaner, die Wahlplakate aufhängen, eine Prügelei auf der Straße. Gestern, fast drei Jahre nach der Auseinandersetzung, stehen Renate Dahlhaus und Michael Philippsen, damals Mitglieder der Trotzkisten-Liga Deutschlands, auf der Anklagebank. Die 51-jährige Angeklagte soll am 14. Januar 1989 mit einem Mitglied der Republikaner in der

leidiger hatten damals vorgeblich einen Befangenheitsantrag gegen die Richterin gestellt, da sie von dem Polizeischutz gewußt haben soll. Bei dem gestrigen wieder angelegten Prozeß belastet Pagen die Angeklagten schwer. Renate Dahlhaus sei diejenige gewesen, die ihn mit einer Leiter bedroht habe. Philippsen

### Berliner Zeitung 5. Dezember 1991

Alle Plätze im Saal B 136 des Moabiter Amtsgerichts sind belegt. Zum zweiten Mal stehen die Angeklagten vor Gericht. Doch diesmal verläuft der Prozeß ohne Eklat. Vor einem halben Jahr war Pagen unter Polizeischutz im Saal erschienen. Die Ver-

Sigrd Aversch

## Rache für Mete Eksi – Opfer von faschistischem Terror

Nach einem brutalen faschistischen Angriff von Westberliner Skinheads starb am 13. November 1991 der 19jährige Student Mete Eksi, nachdem er drei Wochen im Koma gelegen hatte. Er war mit einem Baseball-Schläger umgebracht worden. Am 15. November antworteten die Berliner Immigranten mit einem Trauermarsch, organisiert vom Türkischen Elternverein, nach dessen Einschätzung mehr als 10000 Menschen teilgenommen haben. Darunter waren viele Afrikaner, Asiaten, Türken, Kurden und andere trauernde Demonstranten aus dem Nahen Osten. Die SpAD trug Plakate, auf denen gefordert wurde: „Die Arbeiterklasse wird Mete Eksi und Ufuk Şahin rächen!“ und „Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!“

Der Protestmarsch sollte mit einer Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus enden, dem ehemaligen Regierungssitz von Westberlin. Noch ehe auch nur der erste Redner beginnen konnte, begann die Polizei aus drei Richtungen anzugreifen und in militärischer Formation gegen die Men-

ge vorzugehen, unter der auch viele Frauen, ältere Menschen, Babys in Kinderwagen und in den Armen ihrer Mütter waren. Die Bullen für die neue Hauptstadt des Vierten Reichs schlugen einige junge Immigranten zu Boden mit ähnlichen Waffen, wie sie die Faschisten benutzt hatten, um Mete zu erschlagen.

Mitglieder der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands wurden aus nächster Nähe Zeuge dieses völlig unprovokierten rassistischen Polizeiberfalls. Wir verurteilen diesen Angriff und die Versuche des Polizeisprechers, die Opfer für diese Brutalität verantwortlich zu machen, durch die zumindest ein Kind schwer verletzt wurde. Wir drücken unser tiefempfundenes Beileid aus für die Familie von Mete Eksi und die Trauernden, die zum Opfer des Polizeiterrors geworden sind. Wir verpflichten uns, auch weiterhin zu kämpfen für die Mobilisierung der organisierten Arbeiterklasse, um den faschistischen Abschaum von der Straße zu fegen. ■

## Moabit...

Fortsetzung von Seite 3

Symbolisch für die breite Unterstützung der Antifaschisten waren die 90 Unterstützer, die zur Kundgebung vor dem Prozeß kamen, unter ihnen Vertreter der PDS, der Kommunistischen Partei Deutschlands (Roter Morgen), der iranischen linken Organisation Rahe Kargar und von Cuba Sí sowie ein Block von Oberschülern und ein Block von SpAD-Unterstützern, Immigranten und antifaschistischen Veteranen aus Hamburg. Es wurde auch eine Protestklärung, die die Ostberliner Jüdische Frauenorganisation ans Gericht geschickt hatte, verlesen. Sie erklärte: „Wir dürfen nicht ängstlich zurückweichen, auch wenn jede Protestaktion als ‚Rowdytum‘, ‚Linksradikalismus‘, ‚Stasi-Mitarbeit‘ usw. verurteilt wird und die Justiz Gewalttäter, nicht deren Opfer schützt! ... Als Juden in Deutschland haben wir genügend bittere Erfahrungen gemacht und erkennen die entsetzliche Gefahr, die Gerichtsverfahren, wie das gegenwärtig in Moabit, anzeigen. Handeln wir *gemeinsam* dagegen.“

Dahlhaus und Philippsen (zusammen mit sechs anderen, gegen die das Verfahren schon früher eingestellt wurde) waren angeklagt, weil sie sich und andere Gäste eines Restaurants im Arbeiterbezirk Moabit, das häufig von Immigranten und Linken besucht wird, gegen einen Angriff der Nazi-Republikaner verteidigt haben, bei dem diese, mitten in ihrer rassistischen „Wahl“kampagne vom Januar 1989, mit einer Pistole herumfuchtelten. Der Haupt„zeuge“ des Staates war der Berliner Nazi-Führer Carsten Pagel, der den bewaffneten Angriff der Republikaner 1989 angeführt hatte. Das Gerichtsverfahren begann am 24. Mai mit einer üblen Provokation, als der Faschist Pagel in Begleitung einer dreiköpfigen Leibwache in den Gerichtssaal marschierte, deren Identifizierung die Richterin ablehnte. Die Anwälte von Dahlhaus und Philippsen reagierten mit Anträgen, die Richterin wegen Befangenheit abzulehnen, daraufhin wurde der Prozeß vertagt.

Das Gericht lehnte die Anträge ab, doch das nützte dem Staat nichts, seine Anklage fiel genau in dem Moment in sich zusammen, als das Verfahren am 4. Dezember wieder aufgenommen wurde. Die drei Nazi-„Zeugen“ logen und widersprachen sich ganz offensichtlich. Sie behaupteten, der Angeklagte sei ein großer Mann mit einem kleinen Bart – oder vielleicht ein kleiner Mann mit einem großen Bart, oder nach Pagel war es ein Bart, wie ihn „Lenin und Trotzki trugen“. Oder vielleicht war es ein Bart wie der vom Staats-

anwalt, schlug schließlich ein Rechtsanwalt vor. Der beim Moabit-Überfall mit einer Schußwaffe bewaffnete Nazi Handschuhmacher sagte, ihm sei von den Bullen geraten worden, eine Pistole zu tragen. Handschuhmacher, der als Beruf „Jura-Student“ angab, nannte Moabit ein für Faschisten „feindliches“ Pflaster und sagte, es wäre eine „Provokation“ gewesen, wenn sie ihre Wahlplakate mit ihrem rassistischen „Ausländer raus“ vor ein Fenster des Restaurants gehalten hätten. „Natürlich haben wir das getan“, prahlte Pagel, der als seinen Beruf „Rechtsanwalt“ angab. Und der faschistische Macho-Abschaum hatte noch mehr Schwierigkeiten, zu „beschreiben“, wie eine Frau von 1,65 m den Möchtegern-Führer der „Herrenrasse“ – Pagel – mit einer drei Meter langen Leiter „bedroht“ hat. Nach seiner „Zeugenaussage“ verkündeten Staatsanwalt und Richter erschöpft den Freispruch und die Einstellung des Verfahrens gegen die Antifaschisten von Moabit.

Deren Sieg folgt dem Sieg von Ayhan Öztürk auf dem Fuße: der junge türkische Arbeiter verteidigte sich und seine türkischen und deutschen Freunde im November 1990 auf dem Weg zu einer Disco in Berlin gegen einen bewaffneten Republikaner-Überfall. Dabei verloren die Nazi-Terroristen einen Mann. Öztürk wurde unter Mordanklage vor Gericht gestellt (der Rechtsanwalt der Nazis war Pagel) und freigesprochen, weil er nur sein Recht auf Selbstverteidigung wahrgenommen hatte.

Die kapitalistische Wiedervereinigung des Deutschen Reichs hat die Schleusentore für offiziellen staatlichen Rassismus weit geöffnet, mit einem All-Parteien-Angriff auf Flüchtlinge; gleichzeitig hat sie in der ehemaligen DDR das Wirtschaftsleben zerrüttet und eine Massenarbeitslosigkeit hervorgerufen. Dies hat mörderischen faschistischen Terror geschürt: von Brandanschlägen bei „Nacht und Nebel“ auf die schäbigen Wohnheime, in die Bonn die Flüchtlinge einsperrt, bis zum sechs Tage dauernden rassistischen Pogrom in der Bergarbeiterstadt Hoyerswerda nahe der Grenze zu Polen. Wie Renate Dahlhaus auf der Unterstützerkundgebung vor ihrem Prozeß sagte: „Als bekannt wurde, daß die Nazis die Reichspogromnacht in der Arbeiterstadt Halle ‚feiern‘ wollten, schlugen wir eine auf die Gewerkschaften konzentrierte Mobilisierung vor, um diese ungeheuerliche Provokation zu stoppen. Unser Vorschlag wurde zunächst von den SPD/DGB-Bürokraten aufgegriffen und dann sabotiert. Aber hier, in der organisierten Arbeiterbewegung, liegt die soziale Macht, die die Faschisten von der Straße fegen und die kapitalistische Offensive, die den Nazi-Terror nährt, zurückschlagen kann.“ ■

# ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

**Kämpferische 13tägige Betriebsbesetzung gewann breite Unterstützung in ganz Deutschland. Sie wurden ausverkauft von der Brandenburger SPD und IG-Metall-Bürokratie. Schmeißt die Bürokraten raus, entfesselt die Macht der Arbeiter!**



Spartakist

## Hennigsdorf: SPD/IGM-Ausverkauf nach hartem Kampf

13 Tage lang, vom 22. November bis zum 4. Dezember 1991, besetzten die 5000 Hennigsdorfer Stahlarbeiter ihren Betrieb an der Havel gegenüber von Berlin, um die von der Treuhand verordneten Entlassungen zu verhindern. Betriebsrat und IG-Metall-Bürokraten schoben Überstunden, um den Kampf der Arbeiter in deutsch-protektionistisches Fahrwasser zu lenken. Sie trommelten für eine deutsche kapitalistische Lösung, für die Übernahme von Hennigsdorf durch ein Stahl-Konsortium von Thyssen und den Badischen Stahlwerken. Die Treuhand dagegen favorisierte den italienischen Riva-Konzern. Doch die Arbeiter ließen sich über den angeblich „großzügigeren“ Abwicklungsdeal des Thyssen-Konsortiums nicht lange täuschen, sie brauchten nur einen Blick aufs Ruhrgebiet zu werfen, wo die Elefantenhochzeit von Krupp und Hoesch 10 000 Arbeitsplätze kosten soll. Die mutige, bittere Hennigsdorfer Besetzung richtete sich gegen die Treuhand von Kohl und SPD, und sie ging um die Verteidigung der Arbeitsplätze und das Überleben des Werks.

Die Besetzung dominierte national die Schlagzeilen und ermutigte eine Reihe von gewerkschaftlichen Aktionen in mehreren ostdeutschen Städten. So blockierten am 25. November Metaller aus Halle und Leipzig das Schkeuditzer Autobahnkreuz und mauerten die Leipziger Treuhandanstalt ein, am 27. November demonstrierten Brandenburger Stahlwerker gemeinsam mit den Hennigsdorfer Kollegen in Potsdam, drei Tage später gingen Stahlarbeiter aus dem Walzwerk Finow und der TAKRAF-Kranfabrik in Eberswalde auf die Straße. Arbeiter aus verschiedenen Industrieorten marschierten im Protest zur Treuhandzentrale in Berlin.

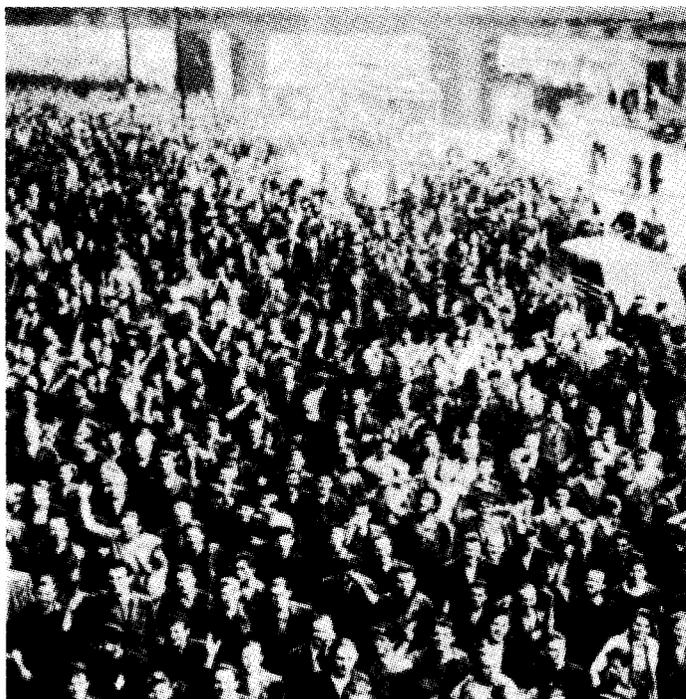
Besorgt über die rasante Ausbreitung des Streiks, stellte die *Frankfurter Rundschau* am 27. November fest: „Und plötzlich liegt Rheinhausen in Brandenburg“. Solidaritätstelegramme von westdeutschen Stahlarbeitern und Geldspenden aus Nordrhein-Westfalen gaben ein Bild der explosiven Stimmung, wo bei Bergbau und Stahl Zigtausende

von Arbeitsplätzen bedroht sind. Doch es gelang den Sozialdemokraten mit ihrem Aufgebot von Betriebsräten und Gewerkschaftsbözen bis zur Brandenburger Arbeitsministerin Hildebrandt und Ministerpräsident Stolpe (der im Verwaltungsrat der Treuhand sitzt), den Kampf lokal zu begrenzen. Die Hennigsdorfer Besetzung hätte zum Fanal für einen nationalen Stahlarbeiterstreik gegen *alle* Entlassungen werden können. Diese Losung hatte die Spartakist-Arbeiterpartei auf ihre Plakate geschrieben, um dem Verneinungsfeldzug der Kapitalisten entgegenzutreten.

Doch die Arbeiter wurden von den Irreführern der SPD ausverkauft gegen das Versprechen, die Entlassungen auf etwas langsamere Gangart durchzuführen. Am Ende übernahm die Treuhand eine zeitweilige finanzielle „Garantie“ bis Ende 1993 für die 4000 Hennigsdorfer Arbeiter, die nicht vom italienischen Stahlkonzern Riva übernommen werden, sowie für Auffanggesellschaften für 4000 der insgesamt etwas über 5000 Arbeiter im Stahlwerk Brandenburg. Für die kämpfenden Stahlarbeiter ist das ein Hohn: Das „Zurück zur Arbeit“ wird für die meisten der entwürdigende Abbau des eigenen Betriebes bedeuten, wo allein in Hennigsdorf in DDR-Zeiten 9000 Kollegen beschäftigt waren; die betriebseigenen Sozialeinrichtungen wie Kindergärten, Klubräume und die werkseigene Klinik wurden bereits „abgewickelt“. Steinkühlers *metall*-Zeitung bejubelt dagegen am 13. Dezember die Treuhand-„Garantie“ für ABM und ABS und schreibt: „Die Privatisierung geht ohne Massenentlassungen ab.“ Zynisch erkennt sie einige Seiten weiter an: „Zu den offiziell als arbeitslos gemeldeten müssen noch die Arbeitnehmer gerechnet werden, die in ‚arbeitsmarktpolitischen‘ Maßnahmen versteckt sind: ABM, Fortbilden und Qualifizieren, Kurzarbeit, Altersübergangsgeld, Vorruhestand.“ Wenn man dazu noch die Frauen zählt, die aus dem Erwerbsleben zurück in den Haushalt gestoßen wurden, beträgt die Arbeitslosigkeit in der Ex-DDR heute über 50 Prozent. Und in der Reichshauptstadt

*Fortgesetzt auf Seite 6*

# ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ



Edition Deutschland Archiv

17. Juni 1953: Ostberliner Arbeiter marschierten durch Westberlin und forderten: „Räumt ihr den Mist in Bonn jetzt aus, in Pankow säubern wir das Haus“

## Hennigsdorf...

Fortsetzung von Seite 5

Berlin und ihrem industriellen Gürtel soll die gesamte Metall- und Stahlindustrie plattgemacht und der proletarische Kern zerstört werden.

### Werft die Bürokraten raus und macht die Gewerkschaften zu Klassenkampforganisationen!

Die Hennigsdorfer Besetzer hätten sich sofort mit dem Kampf der Hoesch-Stahlarbeiter gegen den Arbeitsplatzschlächter Cromme von Krupp und seinen Verbündeten Johannes Rau verbinden müssen und damit einen kräftigen Auftakt zum jetzt anstehenden harten Stahl-Tarifkampf gegen den Lohnraubangriff der Bosse gegeben. Beim Kampf für die Ausweitung zu einem nationalen Stahlarbeiterstreik können vor allem die eingewanderten Arbeiter eine strategische Rolle spielen, die sich zu Recht von der nationalistischen Gewerkschaftsbürokratie nicht vertreten fühlen und die bei den harten Klassenauseinandersetzungen wie in Rheinhausen das Rückgrat bildeten.

Um das Leben der Werktätigen erträglicher zu machen und genügend Wohnungen, Autos und Eisenbahnen zu bauen, hätten die Stahlarbeiter alle Hände voll zu tun. Eine wichtige Forderung zur Herstellung der Klasseneinheit im Kampf um die Arbeitsplätze ist „Gleicher Lohn für gleiche

Arbeit“ – also 100 Prozent, sofort – und die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich, die durch eine gleitende Skala der Arbeitszeit verwirklicht werden kann, verknüpft mit einem groß angelegten Programm öffentlicher Arbeiten bei vollem Tariflohn.

Doch dieser gemeinsame Kampf kann nur gegen den massiven Widerstand der sozialdemokratischen Gewerkschaftsböden durchgesetzt werden, die die Arbeiter in Ost und West gegeneinander ausspielen und mit der antikommunistischen Stasi-Hexenjagd den Schlag der Kohl-Regierung zur Vernichtung des ostdeutschen Proletariats ausführen. Zuerst zerschlugen sie den FDGB, um dann die auf Klassenversöhnung und Friedenspflicht eingeschworenen Betriebsräte zu etablieren, die jetzt für die kapitalistischen Bosse die Drecksarbeit machen. Um die ganze Macht der Arbeiterklasse gegen den geballten Angriff der Herrscher des Vierten Reichs zu mobilisieren, müssen wir den Würgegriff der sozialdemokratischen Arbeiterverräter brechen. Der Schlüssel dafür ist der Aufbau einer revolutionären Partei, die gegen den Nationalismus der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung für die Unabhängigkeit der Arbeiterklasse kämpft, mit einem Programm für den Kampf um die Macht der Arbeiter.

### Protektionismus ist Gift für die Arbeiterklasse

Weil die deutsche Bourgeoisie wegen ihres Protektionismus in der Stahlindustrie bei ihren Konkurrenten in der EG unter Druck gerät, was ihren Ambitionen nach einer politischen Vormachtstellung schadet, haben Treuhand und Kohl sich entschieden, noch schnell vor dem Maastrichter Gipfel die Hennigsdorfer und Brandenburger Stahlwerke an den italienischen Stahlkonzern Emilio Riva zu verkaufen. Doch es waren die Sozialdemokraten im Betriebsrat, in den oberen Etagen der Gewerkschaft und in der Landesregierung, die energisch für die deutschen Kapitalisten des Konsortiums Thyssen/Badische kämpften. Laut *Spiegel* vom 2. Dezember überließ der Hennigsdorfer Betriebsrat dem Vorstandschef der Badischen Stahlwerke, Horst Weitzmann, praktisch sein Büro, der dann versuchte, durch den Betriebsrat die Besetzung zu dirigieren. „In der Treuhand gibt es eine Spaghetti-Connection“, verspritzte Weitzmann sein chauvinistisches Gift.

Es ist der Gipfel an Heuchelei, wenn die Treuhand die Arbeiter als Rassisten beschimpft. Wie ein Stahlarbeiter bei der Demonstration in Eberswalde zu den Spartakisten sagte: „Die Nazis haben alles kaputtgemacht. Ich bin nach der Gefangenschaft hierher und habe das Werk aufgebaut, und jetzt kommen die Söhne der Nazis und enteignen uns und schlagen wieder alles kaputt.“ Vielen älteren Arbeitern ist der Name Thyssen noch gut in Erinnerung, der als erster Großindustrieller Hitlers Nazis mit Geld vollgepumpt hat.

Die Hennigsdorfer Stahlarbeiter haben eine reiche Geschichte des Klassenkampfes, angefangen bei ihrem Widerstand gegen die Faschisten in der Weimarer Republik, bis zu ihrer Vorreiterrolle beim Aufstand der ostdeutschen Arbeiter gegen die stalinistische Bürokratie im Juni 1953, für die sie bekannt sind. Dies spielte auch eine wichtige Rolle dabei, daß ihre Besetzung einen so starken Widerhall unter den Arbeitern im DDR-Gebiet fand. Das war auch den Betriebsräten und Gewerkschaftsbürokraten klar, die ihren Kampf in eine prokapitalistische Richtung umfälschen wollen, ohne die wirkliche Geschichte zu erzählen, wie Tausende Hennigsdorfer Stahlarbeiter damals durch Westberlin marschierten und sich einem Massentreffen von 15000 Ostberliner Stahlarbeitern im Walter-Ulbricht-Sta-

### Veranstaltung der SpAD in Hamburg

Für die revolutionäre Einheit der deutschen,  
polschen und sowjetischen Arbeiter!  
Ehrt Lenin, Luxemburg, Liebknecht!

Mittwoch, 15. Januar, 19.30  
Halkevi (Volkshaus der Türkei)  
Neuer Kamp 31, 2000 Hamburg 36

# ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

**Hoesch-Stahlarbeiter kämpfen um ihre Zukunft. Wenn die Metallarbeiter Ost und West gemeinsam kämpfen, können sie gewinnen und die Arbeitsplätze von Hennigsdorf und Dortmund retten**



Spartakist

dion anschlossen, die eine *Metallarbeiterregierung* forderten. Damals hielten die Arbeiter im deformierten Arbeiterstaat DDR die Betriebe in ihren eigenen Händen, sie führten ihren Kampf um die *politische* Macht. Heute geht es darum, den konterrevolutionären Vormarsch zu stoppen und den Kampf für den Sturz der kapitalistischen Klasse zu organisieren. Dringend notwendig dafür ist der Aufbau einer revolutionären trotzkistischen Führung.

In der kurzen Zeit, seit die PDS die DDR an die Bourgeoisie von Auschwitz ausverkauft hat, hat sie eine lange Geschichte des Streikbruchs entwickelt. Schon 1990, als die Kumpel in Rottleberode ihre Zeche besetzten, um für ihre Arbeitsplätze zu kämpfen, eilte Hans Modrow wieselflink zu den Kumpeln, um sie zu überzeugen, ihre Besetzung aufzugeben. Einer der ersten, der die Hennigsdorfer Besetzung besuchte, war Gregor Gysi. Die Marzahner Bezirkszeitung der PDS schrieb darüber: „Einer erzählte mir von ‚Spartakisten‘, die am Tag zuvor da waren – mit Zeitungen, Flugblättern und Forderungen. Die mag er nicht und war nun auch uns gegenüber skeptisch. Ich erwiderte, daß auch wir überlegt hätten, ob wir Material mitnehmen. Wir hätten uns dann doch lieber für heißen Kaffee und Buletten entschieden und für uns selbst. So fand er das in Ordnung – er ist

Mitglied der SPD.“ Die PDS hatte also Kaffee anzubieten (bei den Gewerkschaftsbürokraten gab es wenigstens Schnaps) zum Trost gegen die Misere der Massenarbeitslosigkeit, die SpAD dagegen ein Programm zum Kampf.

So war es auch nicht überraschend, daß die PDS in den Chor der SPD-Betrüger einfiel und den Ausverkauf der Stahlkocher als „Sieg“ feierte. Noch am 6. November hatte *Neues Deutschland* erklärt: „IG Metall und Betriebsrat hingegen favorisieren aus sehr erklärlichen Gründen das Gebot des deutschen Konsortiums“. Doch unter dem Titel „Lichtblicke“ lobte *Neues Deutschland* dann am 7. Dezember die Treuhand für die ABM-Almosen, die diese den Arbeitern als „Ausgleich“ für die fette Beute hingeschmissen hat. Die vorgeblich kommunistische DKP, die unter den Arbeitern im Ruhrgebiet gewisse Wurzeln hat, hat genauso während der Hennigsdorfer Besetzung das Lied der SPD-Zentrale mitgesungen: „Getrennt kämpfen, getrennt verlieren“. Die Kommunisten der SpAD haben etwas anderes vor. Bewaffnet mit unserem revolutionären Programm, kämpfen wir darum, eine Partei aufzubauen, die die Arbeiterklasse an die Macht führen kann. Dafür intervenieren wir in Arbeiterkämpfe, von Hennigsdorf über Halle und Hamburg bis an die Ruhr. ■

## Kampf den Entlassungen...

Fortsetzung von Seite 24

wurde von der Treuhand ein Stopp der Investitionen verfügt und die Ö Raffinerie Leunas zusammen mit den Minol-Tankstellen zum Verkauf angeboten. Allen ist klar, daß dies ein tödlicher Schlag gegen den Betrieb ist. Die Raffinerie ist auf tausenderlei Art in den Produktionszyklus des Werkes integriert, sie stellt das Rohmaterial für viele Produktionslinien her und versorgt das Werk mit Energie, zusätzlich stellt sie den (im Süden einzigen) Endpunkt einer Pipeline zu den sowjetischen Ölfeldern dar. Zweifellos eine strategische Position. Es sieht also so aus, als wollte die Treuhand den Ölsektor an ein Konsortium von Thyssen, BP und Frankfurter Metallgesellschaft verschern und den Rest sterben lassen. Oder hat hier die blutrünstige IG Farben ihre Finger im Spiel?

Nachdem die von Kohl und SPD kontrollierte Treuhand als Instrument der Konterrevolution bereits die ganze Ex-DDR in eine Industriebrache verwandelt hat, scheint sie jetzt den Mut zu finden, sich die Arbeiter der Chemiegiganten vorzunehmen. Zu diesem Zweck will sie einen Keil zwischen die Arbeiter der Raffinerie und die Kollegen in den anderen Anlagen treiben. Aber die über 50000 Arbeiter des Chemiedreiecks könnten ein Brocken werden, an dem sie sich verschlucken. Die Stimmung der Arbeiter ist gekennzeichnet von der bitteren Erkenntnis, jetzt um ihre Existenz zu kämpfen.

Die im vergangenen Jahr vorgenommenen Rationalisierungen haben die Brigaden der im 3-Schichtbetrieb rund um die Uhr arbeitenden großen chemischen Anlagen in einem Maße verdünnt, daß jede weitere Entlassung oder Rationalisierung zum Zusammenbruch von Produktions-

Fortgesetzt auf Seite 8

# ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

## Kampf den Entlassungen...

Fortsetzung von Seite 7

linien und/oder sehr ernststen Sicherheitsproblemen führen muß. Schon heute muß einer die Arbeit von fünf Kollegen machen. Einfach gesagt: „Wenn einer mal raus muß, fliegt der Kessel in die Luft“.

### Lieber Leuna besetzen als zum Arbeitsamt hetzen!

Die geplante Kundgebung der Chemiarbeiter am 18. Januar kann der Ausgangspunkt zu entschiedenen Aktionen der Arbeiter gegen Massenentlassungen sein. Die für den gleichen Tag angekündigte Versammlung der gewerkschaft-



Spartakist

**Rottleberode. Kurz vor dem Anschluß treten 500 Bergleute in Hungerstreik. PDS-Modrow verkaufte sie aus wie die ganze DDR**

lichen Vertrauensleute muß daran gemessen werden, ob sie bereit ist, entschlossene Aktionen gegen den Kahlschlag der Region zu beschließen und sofort in die Tat umzusetzen. Eine Betriebsbesetzung der Leuna-Werke würde die Arbeiterklasse in der ganzen Region mit sich reißen. Wie bei der Besetzung des Hennigsdorfer Stahlwerks kann es diesmal ein Signal für Hunderttausende sein, die nach einem Ausweg aus ihrer Verelendung suchen. Die Hennigsdorfer Stahlwerker haben sich eine kleine Frist erkämpft, aber ihr Ziel, die Massenentlassungen zu stoppen, haben sie nicht erreicht, weil die sozialdemokratischen IG-Metall-Bürokraten eine Ausweitung verhinderten und so ihre Besetzung ausverkauften.

Entscheidend für den Erfolg des Kampfes wird sein, daß die Arbeiter von Leuna, Buna, Bitterfeld und Wolfen gemeinsam in Aktion treten. Ein Auftakt dazu könnte eine Massenkundgebung am Halleschen Markt sein, wo sich schon Kanzler Kohl einen feuchten Eierregen holen mußte. Von Anfang an müssen wir aktiv die Solidarität der Arbeiter besonders in den großen westlichen Chemiebetrieben in Hoechst und Leverkusen mobilisieren. Wenn Busse mit Hunderten von Arbeitern ihre Chemie-Kollegen im Westen auf die Straße holen, werden sich Friedenspflicht und sonstige sozialdemokratische Knebel des Klassenkampfes als wertlose Fetzen Papier erweisen. Dabei müssen wir uns gerade an die kampferfahrenen türkischen und kurdischen Kollegen wenden, denen alle Bürgerrechte verweigert wer-

den. Straßenbesetzungen und symbolische Aktionen werden nicht reichen, wir brauchen die Macht und Kraft der Arbeiterklasse – da, wo es den Kapitalisten besonders weh tut – im Westen.

Die SPD steht an vorderster Front, um einen gemeinsamen Kampf der Arbeiter in West und Ost zu verhindern. Im Westen kochen schon vor Beginn der großen Tarifauseinandersetzungen die Arbeiter vor Wut darüber, wie ihnen SPD und Kohl-Regierung unter dem Vorwand der „Solidarität mit dem Osten“ in die Lohntüte greifen, damit die Gewinne der Banken in den Himmel steigen. Gleichzeitig wird die Ex-DDR plattgemacht und die um ihre Existenz gebrachte DDR-Arbeiterklasse zum Schicksal billiger Wanderarbeiter verurteilt. Mit der Stasi-Hexenjagd soll ein Klima von Angst und Denunziation geschaffen werden, um jeden Widerstand zu ersticken. Heute stellen sich die gleichen Gewerkschaftsbürokraten hin, die im April 1991 die Leipziger Arbeiterdemonstrationen abwürgten, und machen neue Versprechungen über „Aufschwung Ost“ – wie der IG-Chemie-Vorsitzende Rappe, der sich selbst zum Vorstand der Treuhand aufgeschwungen hat und in den Vorstandssesseln etlicher Chemiebetriebe sitzt, von wo aus er Massenentlassungen dirigiert.

Besonders schnell hat die PDS von ihren SPD-Vordenkern gelernt; ihr erstes Prinzip heißt absolute Loyalität zur Treuhand. So rät *Neues Deutschland* (8. Januar) den wütenden Arbeitern, sie sollten statt zu kämpfen „abwarten, was die Treuhand auf den Tisch legt. Kann sein, ihr gelingt es schon von sich aus, eine ‚Filetierung‘ von Leuna zu verhindern.“ Kritik übt sie nur an deren „Geheim- und Hinhaltetaktik“, die „die Vorstände und Betriebsräte in eine denkbar

schlechte Position“ bringt. Schlecht für ihre Dienste als Kettenhund des Kapitals – immerhin könnten die Betriebsräte die Arbeiterkämpfe noch viel besser abwiegeln, wenn sie an *allen* schmutzigen Treuhand-Geschäften teilnehmen würden.

Um zu gewinnen, brauchen wir ein Programm für den Sieg. Das wird man nicht von denen hören, die im Interesse ihrer Brötchengeber die Interessen der Arbeiter verkaufen und das Elend des Kapitalismus schönreden. Wir brauchen eine revolutionäre Gewerkschaftsführung, die die Arbeiter mobilisiert im gemeinsamen Kampf in Ost und West – Immigranten, Männer und Frauen – und die Jugendlichen und Arbeitslosen einbezieht, um gegen die Entlassungen zu kämpfen, mit einem Programm für die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich. Weg mit der Spaltung der Gewerkschaften: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Durch ein umfassendes Programm öffentlicher Arbeiten können die Aufgaben angegangen werden, die vor allem im Osten Deutschlands durch die bankrotte Politik der Stalinisten und jetzt auch durch die Zerstörungswut der kapitalistischen Konterrevolution vor uns stehen: preiswerte Wohnungen, soziale Einrichtungen wie Kindertagesstätten und gut ausgestattete Polikliniken. Wir Trotzisten der Spartakist-Arbeiterpartei kämpfen dafür, eine revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen, die den Kampf für eine wirkliche Arbeiterregierung führt, um ein solches Programm im Interesse der Werktätigen zu verwirklichen. ■

# Schluß mit dem Schauprozeß gegen Karl Kielhorn und Gerhard Bögelein!

Folgende Protesterklärung wurde am 18. Dezember 1991 vom Komitee für soziale Verteidigung an Richter Diethelm Erdmann beim Hamburger Landgericht geschickt, wo die beiden Antifaschisten Karl Kielhorn und Gerhard Bögelein angeklagt sind.

Karl Kielhorn und Gerhard Bögelein stehen heute vor Gericht als Opfer eines dreißigjährigen Rachefeldzugs, der in der SPD-Hochburg Hamburg gegen sie geführt wird, weil 1947 der Nazi-Militärrichter Erich Kallmerten umgebracht wurde, der 100 Todesurteile gegen sowjetische Partisanen und Wehrmachtsoldaten verhängt hatte. Begonnen wurde ihre Verfolgung von dem berühmten Richter Steckel, der jetzt von den Anwälten der Antifaschisten als Ankläger eines NS-Sondergerichts entlarvt wurde. Doch erst heute, nach dem kapitalistischen Anschluß der DDR, kann der selbsternannte Nachfolgestaat des Dritten Reichs die Schlinge um den Hals der beiden Antifaschisten legen.

Irgend jemand hat also damals diesem Nazischwein Kallmerten eine sehr einfache Form von Justiz zuteil werden lassen, eine Tatsache, die wirkliche Antifaschisten begrüßen. Aber Kielhorn und Bögelein werden verfolgt, weil sie heldenhafte Antifaschisten sind: Kielhorn, weil er der Leiter

der antifaschistischen Gruppe in einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager in Litauen war, wo dieser Nazihenker seinen rechtschaffenden Tod fand, und Bögelein, weil er zur Roten Armee überlief und gegen Hitlers Besetzung des Baltikums und die faschistische Vernichtungsmaschine kämpfte. Jetzt verwendet die SPD, die für den ersten Kriegsetat des Dritten Reichs stimmte, die Methoden Freislers, um seine Mittäter zu rächen. Sogar vor Folter scheuen sie nicht zurück: Bögelein wurde in Handschellen und mit Drogen vollgepumpt in den Gerichtssaal geführt. Genau wie die Massenarbeitslosigkeit und der anwachsende rassistische Terror ist dieser Prozeß Ausdruck des wieder erstarkten Vierten Reichs. Wie gegen Honecker, dabei tritt die SPD als die heilige Inquisition der Konterrevolution auf.

Das Komitee für soziale Verteidigung fordert: Weg mit den Anklagen gegen Kielhorn und Bögelein! Nieder mit dem Schauprozeß des Vierten Reichs! Sofortige Freilassung von Gerhard Bögelein! Sofortiger Schadenersatz für Kielhorn und Bögelein!

Für das Komitee für soziale Verteidigung  
Carola Rosen

## Besiegt die Konterrevolution von Jelzin und Gorbatschow!

### Der Lenin-Trotzki-Fonds braucht Dein Geld!

Die Ressourcen der Internationalen Kommunistischen Liga sind bescheiden, unsere augenblicklichen Aufgaben riesig. Wir haben die russische Übersetzung von „Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins/Bushs Konterrevolution!“ (siehe *Spartakist* Nr. 89, September 1991) mit einer Auflage von 70 000 gedruckt. Wir drucken jetzt gerade das erste russischsprachige *Spartacist Bulletin* „Was ist Trotzismus“ nach, von dem wir schon 25 000 in der ganzen Sowjetunion verkauft haben. Hunderte Exemplare wurden von Genossen und Anhängern der SpAD bereits in Deutschland an die sowjetischen Streitkräfte verkauft. Prosozialistische Arbeiter, Soldaten und Offiziere haben ein großes Interesse an trotzkistischer Literatur, aber die wirtschaftlichen Realitäten diktieren, daß wir unsere Publikationen massiv subventionieren müssen, damit sie noch bezahlbar bleiben. Am Jahrestag der Oktoberrevolution verkauften Unterstützer der IKL allein in Moskau 4750 Exemplare unserer russischen Übersetzung von „Zerschlagt Jelzins/Bushs Konterrevolution“ und 600 Ausgaben des russischsprachigen *Spartacist-Bulletin* „Kehrt zurück zum Weg von Lenin und Trotzki“. Druckkosten, Reisen und andere Ausgaben bedeuten, daß eine internationalistische Intervention in der Sowjetunion Geld kostet. Helft mit, den trotzkistischen Kern zu schmieden, der notwendig ist, um die sowjetischen Werktätigen im Kampf gegen die Konterrevolution zu führen.

Spendet an SpAD, Fred Zierenberg, Stichwort „Lenin-Trotzki-Fonds“ (oder einfach „L-T-Fonds“), Konto-Nr. 2119 766 00, Dresdner Bank Frankfurt/Main, BLZ 500 800 00.



Spartacist

Moskau, 7. November: Tausende Demonstranten vor dem Lenin-Denkmal, um die Russische Revolution zu ehren und gegen Jelzins Konterrevolution zu kämpfen

# Rassistische Saubermänner des ND machen Jagd auf Hütchenspieler

Die rassistische All-Parteien-Hetze über „Asylmißbrauch“, die den faschistischen Terroristen von Saarlouis bis Hoyerswerda grünes Licht gegeben hat, hat eine neue Zielscheibe: die Hütchenspieler. Nicht nur auf den Titelseiten der braunen Schmierblätter, auch in den Boulevard-Zeitungen und „respektablen“ Massenmedien wird eine schmutzige Kampagne gegen eine angebliche „jugoslawische Mafia“ geschürt, die die Straßen Deutschlands unsicher mache. Dieses rassistische Geschrei ist Teil des Angriffs auf alle Immigranten und muß durch die Mobilisierung der Arbeiter/Immigranten zurückgeschlagen werden.

Diese hysterische Hetze, deren Ziel es ist, Massenängste und eine Pogromstimmung gegen „Ausländer“ zu schaffen, wird neuerdings von den Reformisten der PDS aufgegriffen, die schon bei dem Pogrom in Hoyerswerda mit einer Kampagne für eine stärkere Polizei herauskam. Im *Neuen Deutschland* vom 9. Dezember spricht Peter Kirschey von einer „Westentaschen-Mafia“, die ihre „Beute“ von „anständigen“ Bürgern abzockt. Er beklagt sich, daß die Existenz dieser

Supermarkt des Vierten Reichs“ (siehe *Spartakist* Nr. 72, 5. Juni 1990).

In Kirscheys Antwort auf unseren Leserbrief (Abbildung siehe oben) mit dem selbst-entlarvenden Titel „Ein Rassist bittet ums Wort“ (*ND*, 20. Dezember 1991) behauptet er, daß er „Beschimpfungen und Drohungen“ von uns ausgesetzt sei, weil wir seine enthusiastische Unterstützung für diese rassistische Kampagne als rassistisch bezeichnen. Er schreibt:

„Und da gibt es eben neben den unzähligen entrechteten Menschen auch den türkischen Millionär vom Bahnhof Zoo, der's von den Lebendigen nimmt; den vietnamesischen Gangster in Marzahn, der die eigenen Landsleute tyrannisiert, und den Hütchenspieler, der nicht dem Obergaulner, sondern dem kleinen Mann das Geld aus der Tasche zieht.“

Wo sind die „jüdischen Kapitalisten“, Herr Kirschey?

Als Gorbatschow zusammen mit der SED/PDS Anfang 1990 den deformierten Arbeiterstaat DDR an die Bourgeoisie von Auschwitz verschenkte, wollten diese Reformisten eine „starke Opposition für die Schwachen“ in einem sauberen kapitalistischen Großdeutschland sein. Um sich an die kapitalistische Gesellschaft und die Sozialdemokraten anzupassen, meinen Kirschey und die PDS, daß „Ausländer“ nur dann erwünscht sind, wenn sie sich „benehmen“. (War auch in Hoyerswerda die „laute Musik“ aus dem Wohnheim der Grund für das Pogrom?) Dadurch werden Immigranten selbst für den offiziellen Rassismus und den faschistischen Terror verantwortlich gemacht.

Mit dem Zerfall des Stalinismus und dem Ansturm der kapitalistischen Restauration in Osteuropa und in der Sowjetunion werden Millionen Menschen die ökonomischen Grundlagen unter den Füßen weggezogen. Politische Verfolgungen, besonders gegen Cinti und Roma, nehmen von Rumänien bis Jugoslawien drastisch zu. Nicht nur in Deutschland, auch in Polen und der Tschechoslowakei werden sie von den neuen kapitalistischen Regimen als Kriminelle abgestempelt, eine Beschuldigung, die wahrscheinlich in der PDS viel Gehör finden würde. Im Dritten Reich wurden die Cinti und Roma als „Asoziale“ gebrandmarkt und Hunderttausende von ihnen in den KZs vernichtet.

Nachfolgend drucken wir unseren Leserbrief ab, der am 19. Dezember 1991 im *Neuen Deutschland* erschien.

<b>MEINE SICHT</b>	<b>Neues Deutschland</b>
<b>Hütchenspiel</b>	<b>Ein Rassist bittet ums Wort</b>
<p>Man sollte es nicht halten: Die f Kugel unter den schachteln findet der ihre Opfer. Medien warnen u Doch vergeblich. Stimme des Nebe der Menge wird Man ist viel, viel k verliert. Gestern tagsstunde waren</p>	<p><b>F</b>ür einen Journalisten, der täglich über das Hauptstadtgeschehen berichtet, sind sofortige Gegenreaktionen der Leser die normalste Sache der Welt. Liebe, die man gern entgegennimmt, Kränken, die nachdenklich stimmen sowie Beschimpfungen und Drohungen, die man je nach Tageskonkondition mehr oder weniger locker abperlen läßt. Letztere Kategorie kommt meist aus dem recht-nationalistischen Spektrum.</p> <p><b>Ein Rassist bittet ums Wort</b></p> <p>wahrer Freund der Immigranten.          Mein Gott, wenn's doch bloß so einfach wäre.          Wer von sich so maßlos überzeugt ist, Interessen der Arbeiter und die der ausländischen Bürger zu vertreten, der sollte...</p>

9. Dezember 1991

20. Dezember 1991

Mafia „das Bild vom arbeitsscheuen, sozialhilfeschluckenden, kriminellen Ausländer“ verstärkt, und ruft dazu auf, „dem Hütchenspieler-Unwesen noch energischer“ zu begegnen. Kirscheys Vorbilder dafür sind offenbar rassistische Bürgerwehren und Nazis wie Rainer Sonntag in Dresden, die eine Mordkampagne gegen die „Mafia“ führen. In Leipzig überfielen faschistische Skinheads Hütchenspieler mit Baseballschlägern und Eisenstangen.

Die Hallenser Stadtabgeordnete Heidi Bohley von der Fraktion Bündnis 90 kann ein Lied von solchen „energisches“ Maßnahmen singen. Als sie im Juli 1990 zufällig in die Nähe einer Polizeirazzia gegen Hütchenspieler geriet und dabei gegen das brutale Vorgehen der Bullen gegen eine Frau protestierte, landete sie selbst mit Verletzungen auf der Straße. Heidi Bohley erstattete gegen diese Polizisten Anzeige wegen Körperverletzung.

Warum empört sich *ND* über ein unbedeutendes Straßenspiel, während „anständige Bürger“ jedes Jahr Milliarden DM beim staatlich regulierten Lotto-Spiel verlieren? Ihr Aufschrei erinnert an einen der ersten Akte der deutsch-tümelnden Modrow-Regierung in der damaligen DDR, die Einkaufsbeschränkungen für Immigranten in Lebensmittelgeschäften und Kaufhäusern durchsetzen wollte. Zur gleichen Zeit führte die deutsche Bourgeoisie einen rassistischen Feldzug gegen polnische Bürger durch, die angeblich deutsche Supermärkte leerkaufen. Als die Aldi-Supermarktkette im Mai 1990 eine ungeheuerliche Einkaufsquote für Polen auferlegte, protestierten wir Spartakisten gegen diese rassistische Ausgrenzung unter der Losung, „Aldi –

## Verteidigt die Hütchenspieler!

Rassismus und Ausländerhetze sind konkret. So beim ND-Kommentar „Hütchenspiel“ von Peter Kirschey, abgedruckt im ND am 9.12. (Berlin-Seite)... In bis zum Erbrechen bekannter Manier macht Kirschey die Opfer selbst verantwortlich für das rassistische „Bild vom arbeitsscheuen, sozialhilfeschluckenden kriminellen Ausländer, der dem anständigen Berliner auf der Tasche liegt“. Wie schon mit ihrer obszönen Kampagne für mehr Polizei zum „Schutz“ der Flüchtlinge will die PDS Einlaß finden in die rassistische Volksfront von CDU, SPD und Grünen.

Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Verteidigt die Hütchenspieler gegen rassistische Angriffe! Für Arbeiter/Immigrantenmobilisierung gegen Nazi-Terror!

Renate Dahlhaus,  
Spartakist-Arbeiterpartei, 1000 Berlin 51

# Viertes Reich: Hände weg von Honecker!

Seit die russische Regierung unter Boris Jelzin am 11. Dezember 1991 ankündigte, Erich Honecker nach Deutschland abschieben zu wollen, nimmt die antikommunistische Hexenjagd auf den ehemaligen DDR-Staatsratsvorsitzenden immer obszönere Ausmaße an. Die Herrscher des Vierten Reichs gieren danach, Honecker einen Schauprozeß zu machen. Schon im Dritten Reich wurde er wegen seines antifaschistischen Untergrundkampfes von der SS über zehn Jahre lang eingekerkert. Jetzt will das Vierte Reich ihn wieder hinter Gitter werfen. Die gleiche Justiz, die bruchlos aus dem Faschismus hervorgegangen ist und die Blutrichter übernommen oder mit Ehrenpensionen versorgt hat, will heute an Honecker Rache nehmen für den Sieg der Roten Armee über Nazi-Deutschland.



Hamburger Morgenpost

Vor dem Moabit-Knast in Berlin am 13. Dezember

Sofort nach dieser Abschiebungsdrohung riefen das Komitee für soziale Verteidigung und die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands zu einer Protestdemonstration auf mit den Forderungen: „Viertes Reich: Hände weg von Honecker!“ und „Schluß mit der SPD-geführten antikommunistischen Hexenjagd!“ Vor dem Landgericht Tiergarten in Moabit forderten die Demonstranten am 13. Dezember außerdem: „Weg mit den Anklagen gegen die Grenztruppen“, „Hände weg von Markus Wolf“, „Freiheit für Heinz Keßler und Erich Mielke“, „Freiheit für Pohl, Langnitschke und Kaufmann“, und „Schluß mit der Enteisungskampagne gegen die PDS“. Zusätzlich zu diesem Protest organisierten KfsV, SpAD und KPD (Roter Morgen) am 19. Dezember eine weitere Protestdemonstration vor der Justizvollzugsanstalt Berlin-Moabit.

Nach unserem Demo-Aufruf erklärte die berühmte Hexenjägerin Jutta Limbach, SPD-Justizsenatorin in Berlin, im Radio, sie lasse sich nicht von zwei linksradikalen Organisationen beeinflussen. Blutrünstig verkündete sie, daß sie eine Gefängniszelle für Honecker in Moabit bereithalte. Bereits Rosa Luxemburg war dort im Ersten Weltkrieg eingekerkert, und sie sollte im Januar 1919 dorthin gebracht werden, bevor sie mit Hilfe von Engholms und Limbachs politischen Großeltern ermordet wurde. Wie bei der kapitalistischen Konterrevolution in der DDR beweist sich die SPD als Bluthund der Konterrevolution.

Honecker hat einstweilen Zuflucht gefunden beim chilenischen Botschafter in Moskau und entschieden erklärt, daß er nicht dorthin zurückkehren wird, wo ihn zuletzt Freislers Volksgerichtshof verurteilt hat. Seit Jelzins Abschiebedrohung ist eine Welle von Protestbriefen bei Gorbatschow und Jelzin angekommen, die Asyl für Honecker fordern. Während KfsV und SpAD in Berlin demonstrierten, versammelten sich Hunderte von Linken vor der chilenischen Botschaft in Moskau mit sowjetischen Fahnen und sangen kommunistische Lieder. Vertreter der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) in Moskau haben sich diesen Demonstrationen angeschlossen und eine Protesterklärung bei der chilenischen Botschaft abgegeben.

Inzwischen hat Nordkorea angeboten, den 79jährigen Honecker aus medizinischen Gründen aufzunehmen, aber die Russen verweigern seine Ausreise. Die deutsche Bourgeoisie übt dabei ungeheuren Druck aus, der bis zu offenen Drohungen reicht. So erklärte Bundesjustizminister und Ex-BND-Chef Klaus Kinkel am 30. Dezember, er würde es als „unfreundlichen Akt“ Rußlands ansehen, wenn Honecker ausreisen könnte. In der chilenischen Botschaft ist Honecker

der persönliche Gast von Botschafter Clodomiro Almeida, ein Führer der Sozialistischen Partei, der nach dem blutigen Pinochet-Putsch 1973 selbst – wie so viele Flüchtlinge vor reaktionärem Terror – über zehn Jahre in der DDR im Exil war. Zuvor hatte ihm Baden-Württembergs Ministerpräsident und Nazi-Blutrichter Filbinger das Asyl verweigert.

Die Hetzkampagne gegen Erich Honecker ist die Zuspitzung der allgemeinen Hexenjagd gegen alle Repräsentanten der ehemaligen DDR. Sie richtet sich gegen den DDR-Spionagechef Markus Wolf, der für den deformierten Arbeiterstaat DDR gegen die Machenschaften und Angriffe der Imperialisten aktiv war, gegen Heinz Keßler, der den Mut hatte, im Zweiten Weltkrieg von der Wehrmacht zu desertieren, und dann als roter Partisan in Belorußland kämpfte, gegen Erich Mielke, der von der Sozialdemokratie aus seinem Totenbett vors Gericht gezerrt wird, aufgrund von Anklagen *aus dem Dritten Reich*. Mit Honeckers Auslieferung wollen sich die Kräfte der kapitalistischen Konterrevolution in der Sowjetunion beim deutschen Imperialismus anbieten und stärken damit dessen Drang nach Osten.

Wie wir in unserem Flugblatt am 13. Dezember schrieben: „Die Ankündigung von Boris Jelzins russischem Parlament, den antifaschistischen Kämpfer Honecker an die Klassen- und Rachejustiz des Vierten Reichs auszuliefern, ist ein Schlag in das Gesicht aller Veteranen der Roten Armee, die gegen den Nazi-Einmarsch gekämpft haben, und eine Verhöhnung der Millionen, die im Kampf gegen die Faschisten gestorben sind. Mit dem Vormarsch von Jelzins und Gorbatschows kapitalistischer Konterrevolution werden die sowjetischen Werktätigen in Hunger, Elend, antisemitische Pogrome und ein nationalistisches Blutbad gestürzt. Jelzin und Gorbatschow wollen ihren imperialistischen Herren Tür und Tor zur Ausplünderung der sowjetischen Werktätigen öffnen. Dazu dient das Blutopfer der Auslieferung Honeckers.“

Bei der Protestdemonstration am 13. Dezember sagte die SpAD-Sprecherin Renate Dahlhaus: „In Deutschland werden Immigranten verfolgt, sowjetische Juden, Flüchtlinge und sowjetische Soldaten werden von Nazi-Banden überfallen. Das Vierte Reich heißt Rassismus auf den Straßen und antikommunistische Hexenjagd, wie wir sie hier auch beim Gericht erleben.“ Der Schlüssel für den dringend notwendigen Kampf der Arbeiter gegen das Vierte Reich ist eine revolutionäre Führung, die mit dem trotzkistischen Programm bewaffnet ist und die Arbeiter vom Würgegriff der sozialdemokratischen Hexenjäger befreit. ■

# Der Mann, der Kautsky sein wollte

Anfang Dezember reiste Ernest Mandel in Berlin an, um bei einem Seminar seine zersplitterte Anhängerschar auf die Linie des Vereinigten Sekretariats (VS) zur Sowjetunion einzutrimmen. Professor Mandel präsentiert sich gerne als Karl Kautsky unserer Zeit, aber nachdem er als offener Apologet für Jelzins Konterrevolution entpuppt wurde, ließ er seine akademische Pose fallen.

Es ist Mandels Markenzeichen, jede politische Modeerscheinung mit einer entsprechenden „Theorie“ zu versehen. Seit über zehn Jahren glich er sich an das antisowjetische Klima des zweiten Kalten Kriegs an und übernahm die Seite aller Lieblinge der imperialistischen Bourgeoisie: von der polnischen Solidarność bis zu den Mullahs in Afghanistan. Bei der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands gab die französische Paradesektion des VS den nationalistischen Leipziger Demonstrationen begeisterte Unterstützung unter der Parole des „Rechts auf Selbstbestimmung“. Doch mit dem Triumph-Geheule der Imperialisten über den „Tod des Kommunismus“ ließ Mandel seine letzten scheinorthodoxen Vorspiegelungen fallen und erklärt den Stalinismus zum Hauptfeind der Arbeiter.

Zur Zeit des verfehlten Putsches in der Sowjetunion waren die Spartakisten dafür, den CIA-gesteuerten Haufen prokapitalistischer Yuppies, reaktionärer großrussischer Chauvinisten, Zarenanhänger und Ku-Klux-Klan-Anbeter durch die Mobilisierung organisierter Kontingente Moskauer Arbeiter zum Teufel zu jagen und damit das Signal zu einer politischen Revolution der Arbeiter zu geben. Dagegen verschleierte Mandel den reaktionären Charakter des Jelzin-Regimes durch den ständigen Gebrauch des Wortes „Demokratie“, um damit seine Unterstützung für die Konterrevolution in der UdSSR zu rechtfertigen. In der Resolution des VS „Die Lage in der UdSSR und unsere Aufgaben“ vom Oktober 1991 heißt es dazu: „Der Putsch war gänzlich reaktionär... Es war notwendig, sich dem Putsch bedingungslos zu widersetzen“ (*Inprekorr*, Dezember 1991).

Bei dem Seminar, das organisiert wurde von der Gruppe revolutionärer SozialistInnen und der Inprekorr-Strömung der Vereinigten Sozialistischen Partei, einer Weder-Noch-Gruppe im vorgeblich trotzkistischen Lager des in Deutschland (und nicht nur dort) seit Jahren zerstrittenen nicht-so-Vereinigten Sekretariats, brachte ein Sprecher für die Arbeitsgruppe „Nationalitäten“ ganz klar die zynische Haltung der Mandel-Anhänger zur Sowjetunion zum Ausdruck: „Recht auf Selbstbestimmung schließt Recht auf Konterrevolution und Recht auf bürgerlichen Staat ein.“ Mandel unterstrich mit: „Wir können nur warnen.“

Erst in 10 bis 15 Jahren, so Mandel, werden die sowjetischen Arbeiter den Kampf gegen die Privatisierungen aufnehmen – bis dahin soll seine Organisation ihnen die kapitalistische Restauration schmackhaft machen. Am ekelhaftesten war seine Bemerkung, die Faschisten seien in der UdSSR nur eine „marginale Erscheinung“. Inzwischen sind Klerikalfaschisten Teil der kapitalistischen Regierungskoalitionen im Baltikum, deren erster Akt in Litauen die Amnestierung der Nazi-Kriegsverbrecher war. Als Jelzin eine offizielle Delegation der antisemitischen Schwarzhemden der Pamjat-Bande empfing, lobte er: „Manche Ideen und Gedanken waren vernünftig.“

Die wirklichen Trotzkisten der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) demonstrierten am Jahrestag der Oktoberrevolution gemeinsam mit fast 90 000 Menschen in Moskau gegen die Konterrevolution, die „Lenin, Lenin“ und „Nieder mit der Dikta-

tur der Bourgeoisie“ riefen. Wir Spartakisten trugen das Banner der Vierten Internationale und forderten „Lang lebe die Oktoberrevolution!“, „Nieder mit Jelzins/Gorbatschows/Bushs großrussisch-nationalistischer Konterrevolution! Für proletarische Revolution!“ Für den Zar-Boris-Anhänger Mandel ist dies „überhaupt nichts wert“. Kein Wunder, hält er es doch eher mit den vom Leningrader Bürgermeister am Vortag bei einem Gala-Diner versammelten Jelzin-Verbündeten wie dem russisch-orthodoxen Großfürsten Alexej II. und den großfürstlichen Zarensprößlingen, die dort die Rückbenennung Leningrads in St. Petersburg feierten.

Toralf Endruweit betonte für die Spartakist-Arbeiterpartei in seinem Beitrag: Der Arbeiterstaat Sowjetunion befindet sich in Gefahr, in einer Konterrevolution, die unter direkter Anleitung Bushs steht, und das VS bezieht die gleiche Seite wie Genscher. Nach der ersten Minute entstand ein solcher Tumult, daß der Spartakist-Redner absolut nicht weiterreden konnte. Mitten im Chaos ließen sich die Organisatoren ihre Zensur durch Abstimmung bestätigen. Wir verließen daraufhin unter Protest den Saal.

Zu einem grotesken, aber dennoch finsternen Angriff Mandels kam es im Vorraum nach Ende der Veranstaltung, als Mandel anfang zu schreien, wir seien Stalinisten, KGB und Verleumder. Wir antworteten, daß die Stalinisten dafür bekannt sind, Leute rauszuschmeißen, worauf er immer lauter werdend schrie: „50 Jahre lang hat mich der KGB als bürgerlichen Konterrevolutionär verleumdet, ich bin stolz, daß ich von euch so angegriffen werde.“ Dann wandte er sich einer Spartakist-Genossin zu. Er kam so in Rage, daß er sich dazu verstieg, uns als „faschistische Verleumder“ zu bezeichnen. Wir protestierten lauthals und unsere Genossin brachte als Beispiel die Unterstützung der faschistischen Waldbrüder in Estland durch die VS-Zeitung *International Viewpoint*. Mandel war wirklich so erbärmlich, daß ihm zum Schluß nichts mehr einfiel, als unserer Genossin mit dem Finger vor der Nase herumzufucheln und zu schreien: „Stalinistischer, faschistischer Verleumder, dir steht die Syphilis ja im Gesicht geschrieben. Syphilis, Syphilis, Syphilis...“ Dann endlich drängten ihn seine Jünger hinaus.

Er wurde so in Wut getrieben, weil es ihm nicht gelang, über seine Rechtfertigung für die bedingungslose Unterstützung der Konterrevolution in der Sowjetunion ein „trotzkistisches“ Mäntelchen zu hängen. In Wirklichkeit möchte Professor Mandel gerne in die Fußstapfen von Kautsky treten, doch jeder weiß, was aus diesem alten Zentristen wurde: Ein Handlanger der Imperialisten bei ihren Angriffen auf die Sowjetunion, der letztendlich in den Armen von Ebert und Scheidemann landete. Den Aufbau einer trotzkistischen Partei als Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga im Land der Oktoberrevolution wird auch er nicht aufhalten können. Dabei ist es gut möglich, daß wir in unseren Bücherregalen neben Hilferding, Kautsky und Tugan-Buranowski immer noch ein Plätzchen finden für Mandels Werke. ■

## Spartakist-Broschüre

„Glaubwürdigkeitskrise“  
des Vereinigten Sekretariats

**Ernest Mandel vs. revolutionäre Führung**

Bestellt bei: Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51

# Weg mit den Paragraphen 218 und 219! Stoppt die mittelalterliche Hexenjagd auf Dr. Theissen!

**Dr. Horst Theissen:  
Verurteilt wegen seiner  
Überzeugung, daß Frauen  
Menschenrechte haben.  
Sein heldenhafter Kampf  
wurde zum Symbol aller  
Gegner der Abtreibungs-  
paragraphen. Bürgerliche  
Justiz und Polizei raus aus  
den Schlafzimmern!**



Am 8. September 1988 begann der beispiellose Abtreibungsprozeß in Memmingen gegen Frauenarzt Horst Theissen, seine Patienten und deren Familien und Freunde. Von den „Justiz“-ministerien in München und Bonn orchestriert, war diese „rechtliche“ Hexenjagd ein Versuchsballon in einem breitangelegten Ansturm gegen die schon stark begrenzten Möglichkeiten zur Abtreibung. An der Großdemonstration in Memmingen am 10. September 1988 beim Prozeßbeginn nahmen Genossen und Unterstützer unserer Organisation aus Hamburg und Frankfurt/Main teil. In einer Grußadresse an die Demo erklärte eine Sprecherin der TLD, Vorläuferin der Spartakist-Arbeiterpartei:

„Wir teilen eure Wut, und wir sind auch froh über die vielen Solidaritätstelegramme und -adressen von den Gewerkschaften, die verlesen wurden. Aber Wut und Empörung sind nicht genug. Am liebsten wären wir hergefahren mit ein paar hunderttausend IG-Metallern und ÖTVlern. Denn die organisierte Arbeiterbewegung ist die einzige Kraft, die mit dieser Hexenjagd aufräumen kann.“ (siehe Spartakist Nr. 59, November/Dezember 1988)

Heute glauben die kapitalistischen Herrscher, daß ihre Rechnung aufgeht. Noch nie war eine solche Mobilisierung so notwendig!

Die Organisation ProFamilia hat ein Konto zur Unterstützung von Dr. Theissen eingerichtet, dessen Existenz und Praxis am seidenen Faden hängt. Spendet an: Sonderkonto Dr. Theissen, Anderkonto RAin Wullenweber, Konto-Nr. 1013/216880, Bankleitzahl 200 505 50. Die nachstehende Protesterklärung des Komitees für soziale Verteidigung wurde am 8. Dezember 1991 an den Karlsruher Obersten Gerichtshof sowie an Dr. Theissen und seine Anwälte geschickt. Das KfsV ist eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, die sich für die Fälle und Anliegen einsetzt, die im Interesse der Gesamtheit der arbeitenden Menschen sind. Dieser Zweck entspricht den politischen Ansichten der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands.

Am 4. Dezember hat der Bundesgerichtshof in Karlsruhe das Memminger Hexenjagd-Urteil von 1989 gegen den heldenhaften Frauenarzt Dr. Horst Theissen in 59 Fällen bestä-

tigt, gegen 218/219 verstoßen zu haben. Somit sind im Vierten Reich Richterbefangenheit, Nötigung von Ärzten durch „Justiz“, Polizei und Steuerfahnder, Massenschnüffelei und Diebstahl von Patientenakten „rechtens“. Das Augsburger Landgericht, das über das „angemessene“ Strafmaß verhandeln soll, hat nun grünes Licht, das in Memmingen verhängte Berufsverbot gegen Theissen zu bestätigen oder zu verschärfen. Das Komitee für soziale Verteidigung protestiert zusammen mit der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands schärfstens gegen diesen Richterspruch und fordert: Weg mit allen Anklagen und Urteilen gegen Dr. Theissen!

Die „Indikationslösung“ existiert faktisch nicht mehr; Frauen und Ärzte werden zu Freiwild erklärt. Das blutige Geschäft der Kurpfuscher soll blühen. Die „Mütter im Vaterland“ sollen zu Gebärmaschinen, Ärzte entweder mundtot oder zu Agenten des Staates gemacht werden. Den Kindern wird das Recht abgesprochen, Wunsch Kinder zu sein: sie sollen, wie unter Hitler, Eigentum des Staates werden. Was erwartet uns morgen – die Todesstrafe wie nach 1941 und „Lebensborn“-Schwängerung, um die nächste Generation von „Ariern“ zu zeugen?

Bonns Strategie ist, erst recht nach der Konterrevolution im Arbeiterstaat DDR: „Ausländer raus, und deutsche Frauen sollen gebären“, die eine Welle rassistischen/faschistischen Terrors im ganzen Land fördert. Weite Teile des DDR-Gebiets werden entindustrialisiert, Hunderttausende hauptsächlich ostdeutsche und eingewanderte Frauen werden aus dem Berufsleben hinausgedrängt. Der Staat schert sich einen Dreck um Kinder, die geboren werden! Arbeitende Frauen brauchen kostenlose, qualifizierte Kinderbetreuung Tag und Nacht. Aber auch in Westdeutschland können Mütter ohne Kinderbetreuung weder arbeiten noch Arbeitslosengeld beziehen; ohne Arbeit können sie keine Kinderbetreuung bezahlen. Für die Frauen heißt die „Rechristianisierung Europas“ unter deutscher Herrschaft „Kinder, Küche, Kirche“. Und zu diesem Zweck reichen noch nicht einmal die reaktionärsten Abtreibungsgesetze Europas aus,

Fortgesetzt auf Seite 23

## Trotzkisten in Moskau reinigen geschändetes Denkmal

# Ehrt Karl Marx

Zu den Denkmälern, die Jelzins konterrevolutionäre Mobs im letzten August geschändet haben, gehörte auch das Standbild von Karl Marx gegenüber dem Bolschoi-Theater im Zentrum Moskaus. Am 1. Dezember kam eine kommunistische Reinigungsbrigade zusammen, bewaffnet mit Bürsten, Putzlappen und Farbentferner, um den reaktionären Dreck zu entfernen. Einem Appell der Internationalen Kommunistischen Liga folgend (siehe unten), kamen mehrere Dutzend Menschen unter der Flagge von Trotzki's Vierter Internationale, der sowjetischen Fahne und einem Banner mit der Aufschrift: „Nein zur Wiederherstellung des Kapitalismus! Ja zu den Errungenschaften des Oktober!“ zusammen. Zu ihnen gehörte auch eine Delegation des Komitees zur Verteidigung des Lenin-Museums.

Mehr als 300 Exemplare trotzkistischer Literatur wurden an vorbeikommende Passanten verkauft, von denen einige, so zum Beispiel eine Gruppe von südkoreanischen Kommunisten, bei der Reinigungsaktion mithalfen.

Die Aktion fand Interesse bei Reportern von Zeitungen, Radio- und Fernsehsendern aus Japan und vier westeuropäischen Staaten, und auch von zwei russischen Pro-Jelzin-Zeitungen. Die *Nezawisimaja Gaseta* (3. Dezember 1991) brachte einen Bericht mit der Überschrift: „Trotzkistischer Subotnik in Moskau: Unterstützer der Vierten Internationale reinigten das Denkmal für Marx“ – wobei sie sich auf die Tradition von freiwilliger Samstagarbeit für die Gemein-



Spartacist

schaft bezogen. Wenn auch die trotzkistischen Subotniki nicht den ganzen Dreck von der Statue entfernen konnten, so gingen sie nicht eher fort, bis sie die Inschrift mit dem Appell des Gründers des modernen Sozialismus gesäubert hatten (die der Moskauer Stadtrat ausradieren will): „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

*Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 541,  
27. Dezember 1991*

## Die Verteidigung des Marx-Denkmal „Sein Name und seine Sache sollen für immer lebendig sein!“

Genossen!

Schakale finden Gefallen daran, wenn sie einmal am Schwanz eines gefallenen Löwen zerren können. So benehmen sich eben Schakale. Aber sie werden ihren Festschmaus nicht bekommen: Der Löwe lebt!

Leute, die noch gestern scheinheilig vor den Figuren von Marx und Lenin gekniet haben, den Gründern des großen Sowjetstaates, schänden und zerstören heute Denkmäler im Glauben, daß die großartigen Siege, die durch ein Jahrhundert des Kampfes der Werktätigen errungen worden sind, durch ihre Farbschmierereien zum Verschwinden gebracht werden können.

Der konterrevolutionäre Kreuzzug, inspiriert von den Jelzin-Anhängern, der abzielt auf die Errungenschaften der Oktoberrevolution, begann mit der Schändung der Denkmäler der Revolutionäre F. Dzierzinski und J. Swerdlow. Die Schändung dieser Denkmäler war das erste Kräfteessen

der sich konsolidierenden Konterrevolution von Jelzin-Gorbatschow-Bush. Jetzt zielen sie mit ihren Schlägen auf die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse ab.

Das Denkmal ist zu einem Symbol geworden.

Und heute treten wir kampfbereit an mit diesem symbolischen Akt – der Reinigung des Karl-Marx-Denkmal. Es muß zu einem Symbol unseres Kampfes werden gegen die schändlichen Versuche, das Denkmal für das Genie von Marx zu beschmutzen in einem törichtem Versuch, den sowjetischen Werktätigen wieder die kapitalistische Sklaverei aufzuzwingen. Unser Banner, das Banner des großen Oktober, das Banner der Linken Opposition, das Banner von Marx, Lenin und Trotzki, bleibt unbeschädigt. Marx darf nicht Stalin & Co. angelastet werden!

Wir werden unser Denkmal nicht aufgeben!

Der Höhepunkt der „demokratischen“ Hysterie liegt hinter uns, und ihr Versuch der Wiederherstellung des Kapitalismus ruft wachsenden Protest seitens der sowjetischen Arbeiterklasse hervor. Wir bleiben unseren Idealen treu: Dem Kampf für die Sache von Marx. Einem Aufruf der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) folgend, haben wir uns hier versammelt, weil wir es als unsere Pflicht ansehen, die sowjetischen Arbeiter mit dem Programm von Marx, Lenin und Trotzki zu bewaffnen – das heißt mit dem Programm des großen Oktober.

Unser Leitsatz bleibt wie zuvor Marxens Aufruf: PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!  
Internationale Kommunistische Liga  
(Vierte Internationalisten)

1. Dezember 1991

### Schulungsreihe der SpAD in Halle

#### Staat und Revolution

Montag, 20. Januar, 18.00 Uhr

#### Die russische Revolution

Montag, 3. Februar, 18.00 Uhr

#### Die verratene Revolution

Montag, 17. Februar, 18.00 Uhr

Jägerplatz 14, Erster Stock, Halle 4020

## Sowjetunion...

Fortsetzung von Seite 1

liegt die Wirtschaft völlig am Boden, der Rubel ist praktisch wertlos, die Industrieproduktion fällt und fällt, und die Ernte liegt 15 Prozent unter dem Vorjahr.

Die ehemaligen Sowjetrepubliken kämpfen gegeneinander um die Wirtschaftsressourcen und vor allem um die Streitkräfte. Jelzins Rußland und die ukrainische Regierung bewegen sich mit Riesenschritten auf eine Machtprobe zu, wer das Kommando über die sowjetische Schwarzmeerflotte hat. Im Kaukasus wird Georgien zerrissen durch einen Bürgerkrieg zwischen konkurrierenden nationalistischen Cliquen. Der Krieg zwischen Aserbaidschan und Armenien wegen der Enklave Nagorny-Karabach wird nach dem Abzug der sowjetischen Truppen immer härter. In den zentralasiatischen Republiken gärt es, islamische Fundamentalisten und turksprachige Nationalisten kämpfen darum, das Machtvakuum auszufüllen, das durch den Zusammenbruch der stalinistischen Bürokratie entstanden ist.

Denn womit man es in der zerfallenden Sowjetunion heute zu tun hat, ist eine Reihe von „Regierungen“, die durch und durch konterrevolutionär sind und vorhaben, den degenerierten sowjetischen Arbeiterstaat zu zerschlagen. Dies schafft eine unhaltbare, explosiv instabile Situation, die nur entweder zum Untergang in kapitalistischem Chaos, Erniedrigung und schließlich faschistischer Herrschaft führen kann oder zu einer proletarisch-politischen Revolution, die wirkliche Sowjetmacht errichtet.

In ganz Osteuropa sind die westlichen Kapitalisten nicht

Keine vier Monate, nachdem er sich an die Spitze der konterrevolutionären Kräfte gegen den vermurksten Moskauer Putsch im letzten August gestellt hatte, putschte der russische Präsident Boris Jelzin gegen die Überbleibsel von Gorbatschows Zentralregierung. Nachdem sie sich an einem isoliert gelegenen Tagungsort an der polnischen Grenze bei Brest getroffen hatten, veröffentlichte Jelzin zusammen mit dem Führer der Ukraine, Leonid Krawtschuk, und dem Oberhaupt von Belorußland am 8. Dezember 1991 eine Erklärung: „Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hört als Subjekt des internationalen Rechts und als geopolitische Realität auf zu existieren.“ Und die imperialistische Presse gab ihr den Segen: „Sowjetunion für tot erklärt“ war die ganzseitige Überschrift des Londoner *Independent*. Aber während sie von oben Proklamationen erlassen, sehen sich Jelzin und andere Mächtigen-Totengräber einer zunehmend verzweifelten und frustrierten Bevölkerung gegenüber.

Im Anschluß an die überwältigende Mehrheit bei der Abstimmung am 1. Dezember 1991 für die Unabhängigkeit erklärte der Präsident der Ukraine, Krawtschuk: „Eine neue Ukraine ist geboren.“ Jelzin erkannte sofort die Unabhängigkeit der Ukraine an und begrub damit die Hoffnungen von Gorbatschow, einen neuen Unionsvertrag zustande bringen zu können. Eine Woche später verkündete die slawische Troika, daß die alte Sowjetunion tot sei, und kündigte die Bildung einer neuen „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ an.

Jelzin, der Mächtigen-Herrschaft über Rußland, legte natürlich Wert darauf, zuerst Bush anzurufen, seinen Herrn in Washington, ehe er das Abkommen verkündete. Jelzins Ziel ist es, den Kapitalismus durch einen Gewaltmarsch wiederherzustellen. Während die Reallöhne stark fallen, steht nach dem 2. Januar ein rapides Ansteigen der Preise ins Haus, was zu einer massenhaften Hungersnot der sowjetischen Werktätigen führen könnte. Durch ihr Bestreben, das Heimatland der Oktoberrevolution von 1917 zu zerstören und ein konterrevolutionäres Regime zu konsolidieren, vertiefen Jelzin und seine Kumpane das wirtschaftliche Chaos, und damit erhöht sich die Wahrscheinlichkeit einer

bereit, sich ins Geschäft zu stürzen, weil sie keine kurzfristigen Profite machen können. Statt dessen haben sie den Nationalismus als Rammbock benutzt, um die konterrevolutionären Kräfte für etwas zu mobilisieren, das im wesentlichen ein Abbruchunternehmen ist. Der Nationalismus ist auch die reaktionäre letzte Zuflucht der zerfallenden stalinistischen Bürokratie. Gleichzeitig kann man schon offene Faschisten bedrohlich heranrücken sehen, und tatsächlich kann der Kapitalismus nicht mit „friedlichen, demokratischen“ Mitteln durchgesetzt werden, dazu wird ein hart zuschlagendes, brutales Regime nötig sein. Von Jugoslawien bis zur Sowjetunion ist Nationalismus nicht nur das Ergebnis der Konterrevolution, sondern die treibende Kraft für den Kapitalismus angesichts des Fehlens von Kapital.

Die Ruhe, ja sogar Lähmung der sowjetischen werktätigen Massen spiegelt das Fehlen einer revolutionären Führung wider und die Irreführung durch diejenigen Stalinisten, auch die sogenannten „Patrioten“, die fälschlicherweise behaupten, Kommunisten zu sein und sich gegen Jelzins Kampagne zur Wiederherstellung des Kapitalismus zu stellen. Durchsetzt mit russischem Nationalismus (oft verbunden mit übelstem Antisemitismus), akzeptieren auch die stalinistischen „Patrioten“ das Auseinanderbrechen der UdSSR. Nur die Arbeiterklasse unter einer leninistisch-trotzkistischen Führung kann die Sowjetunion davor bewahren, ein Opfer von Zerstückelung, kapitalistischer Ausbeutung und Verelendung, brudermörderischen Kriegen und imperialistischer Unterjochung zu werden.

Nachfolgend drucken wir die Übersetzung des Artikels aus *Workers Vanguard* Nr. 541 vom 27. Dezember 1991 ab.

Explosion der Wut der Arbeiterklasse.

Gorbatschow nannte die Brester Erklärung einen neuen „Staatsstreich“ und wandte sich auf der Suche nach Unterstützung an die Führer der zentralasiatischen Republiken, die ganz bewußt durch die einseitige Erklärung vor den Kopf gestoßen worden waren. Kasachstans Präsident Nursultan Nasarbajew verurteilte das panslawische Abkommen als „Rückfall ins Mittelalter“. Im Verlauf der nächsten Tage jedoch kündigten die fünf zentralasiatischen Sowjetrepubliken ihre Bereitschaft an, sich als Mitgründer der neuen „Gemeinschaft“ anzuschließen, mehrere andere Republiken diskutierten einen ähnlichen Schritt. Aber was auch immer bei diesen Manövern herauskommt, das Projekt der Wiederherstellung des Kapitalismus wird auch weiterhin brudermörderischen Nationalismus entfesseln, so daß den geographisch vermischt lebenden sowjetischen Völkern ein Blutbad droht. Schon jetzt hat ein mörderisches Feuergefecht zwischen ethnischen Russen und moldawischer Polizei dazu geführt, daß die Republik Moldawien alle Gespräche über einen Beitritt zur „Gemeinschaft“ abgebrochen hat.

Im Augenblick ist das einzige, was in dieser sich rasch ändernden Situation sicher ist, daß Gorbatschows Position als Galionsfigur mit dem Titel des Präsidenten der Sowjetunion dahin ist. Ein Führer der parlamentarischen „Rossija-Fraktion“ bemerkte: „Um Michail Gorbatschow loszuwerden, haben wir uns des ganzen Staates entledigt.“ Worauf ein anderer „konservativer“ Hardliner geantwortet hat: „Wenigstens sind wir Gorbatschow losgeworden“ (*New York Times*, 13. Dezember 1991).

Das Abkommen ist ausreichend vage, um allen Interpretationen offen zu sein. Es ist keinerlei Zentralregierung vorgesehen, und es verbietet „die Aktivität von Organen der ehemaligen UdSSR auf dem Territorium der Mitglieder der Gemeinschaft“. Aber es verspricht, „ein gemeinsames Militär und die strategischen Atomraketen unter einem gemeinsamen Oberkommando zu erhalten und zu unterstützen“. Die *New York Times* stürmt mit voller Geschwindigkeit los

Fortgesetzt auf Seite 16



Boris Jurchenko

Revolutionstag in Moskau: 90 000 demonstrieren. IKL-Plakat (rechts): Zurück zum Weg Lenins und Trozki! Verteidigt das Lenin-Museum!



Spartacist

## Sowjetunion...

Fortsetzung von Seite 15

und bringt einen doppelseitigen Artikel mit Gorbatschows politischem Nachruf. Aber Sprecher westlicher Finanzkreise haben eher Bedenken. Die *Financial Times* (11. Dezember 1991) kommentiert: „Die Meldung vom Ableben der Sowjetunion scheint etwas voreilig gewesen zu sein.“ Das *Wall Street Journal* (13. Dezember 1991) fügt hinzu: „Erste Risse in Jelzins neuer Union.“

Die großen Unbekannten bei allem sind das sowjetische Militär und die Bevölkerung. Im ganzen Land spricht man von einem neuen Putsch – dieses Mal soll das Militär eine wichtige Rolle spielen – und/oder einem Volksaufstand, ausgelöst durch das wirtschaftliche Desaster und den wachsenden Hunger. Wirtschaftliches Chaos und Sabotage haben einen Punkt erreicht, wo mehr als hundert Flughäfen aus Mangel an Treibstoff geschlossen wurden. In vielen Fabriken laufen die Montagebänder nur noch eine Schicht oder stehen völlig still. Staatliche Läden sind praktisch leer, während die meisten Nahrungsmittel nur zu exorbitanten Preisen in Privatläden oder von Schwarzhändlern zu bekommen sind. „Ich werde es nicht zulassen, daß meine Kinder hungern müssen“, hört man häufig auf den Straßen von Moskau. Seit letztem August ist der Preis für ein Kilo Wurst schon von weniger als drei Rubel auf mehr als 160 Rubel hochgeschossen.

Es ist nicht überraschend, daß Jelzins Popularität bei Umfragen in Moskau in den Keller gegangen ist, und Moskauer Arbeiter reagieren sichtlich angeekelt, wenn sie über diejenigen reden, die im letzten August auf den Barrikaden gewesen sind. Jetzt droht die Perspektive eines Preisanstiegs um das 15fache bei Lebensmitteln und anderen lebensnotwendigen Gütern, eine Explosion der allgemeinen Wut auszulösen. Das Potential für Massenwiderstand der Arbeiterklasse gegen die Verwüstungen durch das Elend des „freien Marktes“ zeigte sich, als am 7. November 1991 in Moskau bis zu 90 000 Menschen zusammenkamen, um den 74. Jahrestag der bolschewistischen Revolution zu feiern. Was nötig ist, um die drohende Katastrophe zu bekämpfen, um den Kurs auf die Restauration des Kapitalismus umzukehren und um die Union zu retten, sind ein bolschewistisches Programm und eine bolschewistische Führung mit dem Ziel, das multinationale sowjetische Proletariat in *revolutionärer Klasseneinheit* zu mobilisieren.

### Wer kontrolliert das Militär?

Gorbatschows Schicksal wurde praktisch Ende November 1991 besiegelt, als die Zentralbank ankündigte, daß sie

pleite ist, und Jelzin die Lohnzahlung für alle Beschäftigten der sowjetischen Regierung übernahm, einschließlich des Militärs und des Auswärtigen Dienstes. Dann kam die Abstimmung in der Ukraine, und Krawtschuk, ein früherer stalinistischer Bürokrat, der sich in einen prokapitalistischen Nationalisten verwandelt hat, kündigte an, daß er mit einer zentralen Sowjetregierung nichts mehr zu tun haben wolle. Wenn die Ukraine – die ein Fünftel der Bevölkerung und Produktionskapazität des Landes ausmacht – sich wirklich unabhängig machen würde, dann wäre dies in der Tat der Todesstoß für die Sowjetunion. Aber dazu wäre die Schaffung einer eigenständigen Wirtschaftsstruktur notwendig – einschließlich einer eigenen Währung – und das Aufbrechen der Kommandostruktur des sowjetischen Militärs entlang nationaler und Republik-Grenzen.

Kaum war die Tinte trocken, schon machten Jelzin und Krawtschuk klar, daß sie ein unterschiedliches Verständnis ihrer „Übereinkunft“ haben. Krawtschuk verkündet seine Kontrolle über Militäreinheiten, die in der Ukraine stationiert sind, und setzt die Vorbereitungen für eine eigenständige ukrainische Währung fort. Jelzin besteht darauf, daß die „Gemeinschaft“ ein einheitliches Militärkommando und eine einzige Währung haben muß. Mittlerweile fallen die Kräfte der Konterrevolution übereinander her. Jelzin steht schon eine Weile unter ständigen Angriffen von Leningrads Bürgermeister Anatoli Sobtschak und Moskaus Bürgermeister Gawriil Popow, der seinen Rücktritt ankündigte. Popow, der die Erklärung der Gemeinschaft abschätzig als „Feigenblatt für das Chaos“ abgetan hatte, sagte: „Die Präsidenten, die dieses Abkommen unterschrieben haben, genauso wie unser russischer Präsident, kontrollieren nicht die Situation in ihren eigenen Republiken.“

Welchen Weg wird das Militär einschlagen? Nach der Erklärung von Brest wandte sich Gorbatschow an das gesamte Oberkommando und appellierte erfolglos an sie, seinen halbherzigen Unionsvorschlag zu unterstützen. Jelzin traf sich am darauffolgenden Tag mit den Kommandeuren, erinnerte sie daran, wer sie bezahlt, und versprach eine 90prozentige Erhöhung des Offizierssoldes. Die *Financial Times* (14./15. Dezember 1991) berichtete: „Das sowjetische Oberkommando hockte sich gestern in seiner rechteckigen weißen Festung am Moskauer Arbatplatz zusammen, strich alle Termine und nahm keine Anrufe entgegen.“ Jetzt hat laut Kiew das sowjetische Verteidigungsministerium zugestimmt, über die Übertragung der Kontrolle über die Truppen, die auf ukrainischem Boden stationiert sind, zu verhandeln. Die Zeitung der Roten Armee, *Krasnaja Swesda* (12. Dezember 1991), beklagte sich: „Unsere Offiziere wachen morgens auf und fragen sich, für wen sie eigentlich arbeiten. ‚Wir dienen

dem Vaterland!‘ ist unser Motto – aber wenn man darüber nachdenkt ... welches Vaterland?“

Zur gleichen Zeit haben sich hochrangige Militärs in den letzten Wochen immer deutlicher dafür ausgesprochen, daß etwas getan werden muß, um dem wirtschaftlichen Chaos und dem nationalistischen Auseinanderbrechen ein Ende zu setzen. *Financial-Times*-Korrespondent John Lloyd bemerkte (4. Dezember 1991):

„Das Militär ist im Fieberstadium. Es hat nach dem Putsch praktisch keine Säuberung gegeben. Offiziere, die den Zielen des Putsches Sympathien entgegengebracht hatten, behielten ihre Posten oder sind auf einen anderen Posten umversetzt worden...“

Vor zwei Wochen warnte ein Schreiben des Verteidigungsministeriums und des Innenministeriums, daß jeglicher Angriff auf Kasernen wo auch immer unter Einsatz von Gewalt zurückgeschlagen würde, eine Stellungnahme, die im Widerspruch steht zur früheren Besänftigung von Herrn Jewgenni Schaposchnikow, dem Verteidigungsminister, und die es nahelegt, daß er nicht die volle Kontrolle hat.“

Mehr noch, Jelzins Politik ist von seinem eigenen Vizepräsidenten, dem pensionierten Luftwaffengeneral Alexander Ruzkoi, angegriffen worden, der sich gegen die Einführung der vorgeschlagenen Preiserhöhungen ausgesprochen hatte, und dagegen, daß sich die Rüstungsindustrie dem Markt aussetzen solle. Ruzkoi tat Jelzins Wirtschaftsberater ab als „Jungs in rosa Hosen, roten Hemden und gelben Stiefeln“. *Iswestija* kommentierte, daß Ruzkois Attacken „keine zufällige Episode sind, sondern die Widerspiegelung einer Stimmung in gewissen Kreisen gegen den Markt“. Was jedoch Ruzkoi und seinesgleichen motiviert, ist nicht Opposition gegen die Einführung einer kapitalistischen Marktwirtschaft, sondern die Besorgnis, daß das sowjetische Militärestablishment geschwächt werden könnte.

Das Offizierskorps der Armee ist die einzige verbliebene wirklich multinationale sowjetische Institution. *Aber um den multinationalen Sowjetstaat und dessen multinationale Armee zu bewahren, muß man das sozialisierte Eigentum retten, auf dem dies aufgebaut worden ist.* Die „patriotischen“ Militärs sind genauso wenig in der Lage, unabhängige, entscheidende Aktionen zu ergreifen, um die Zerstückelung der UdSSR zu stoppen, wie die Putschverschwörer im Kreml letzten August. Der Hardliner und „patriotische“ Oberst Viktor Alksnis, der sich vor kurzem mit Halbfaschisten zusammengetan hat, um eine russisch-nationalistische Partei zu gründen, erklärte in *Sowjetskaja Rossija*: „Es ist keiner mehr in

Sicht, der die Union in diesem Moment noch retten könnte“ (*Der Spiegel*, 16. Dezember 1991). Mittlerweile reibt sich der US-Imperialismus die Hände angesichts der Perspektive, das sowjetische Atomwaffenarsenal vollständig abzuwracken – der amerikanische Kongreß hat vor kurzem 500 Millionen Dollar bewilligt, um den verschiedenen Republiken bei dieser Aufgabe „Beistand“ zu leisten – und um dadurch aus dem Wege zu schaffen, was jahrzehntelang ein Haupthindernis gewesen ist für Washingtons Ambitionen auf weltweite Vorherrschaft.

### Für wirkliche Arbeitersowjets!

Was entscheidend sein wird für einen Sieg über Jelzins Versuch, einen neuen bürgerlichen Staat aufzubauen, ist, ob die sowjetische Arbeiterklasse in Aktion tritt. Der Zündstoff für eine Explosion in diesem bevorstehenden Hungerwinter wächst mehr und mehr an. Die Getreideernte liegt um mehr als 13 Prozent unter dem Durchschnitt, die Kartoffelernte um 10 Prozent und die Fleischproduktion um 4 Prozent. Aber darauf läßt sich der weitverbreitete Mangel, dem sich die Bevölkerung gegenüber sieht, nicht zurückführen. Sie sind das Resultat von massivem Horten der Bauern, der Groß- und Einzelhändler und auch der Umleitung von Gütern durch Spekulanten, die auf drastische Preissteigerungen setzen. *Business Week* (16. Dezember 1991) schätzt, daß 130 Millionen Tonnen Getreide beiseite geschafft worden sind, drei Viertel der gesamten Ernte. Ein frustrierter Kunde bemerkte:

„Jedermann scheint zu arbeiten, aber nichts kommt dabei raus. Lkws fahren hierhin und dahin, aber welche Ladung sie haben und wo sie hinkommt, weiß keiner. Aber immer noch gibt es niemand, der konkret sagen will, was getan werden muß, um die Situation wieder in Ordnung zu bringen.“ (*New York Times*, 13. Dezember 1991)

Es gibt einen Weg, um Ordnung zu schaffen – *proletarische Ordnung*. Was jetzt nötig ist, sind Arbeitermassenmobilisierungen, organisiert aus den Fabriken, die das *Kommando* über die Lebensmittelvorräte übernehmen, die den sowjetischen Bürgern von raffgierigen Spekulanten gestohlen worden sind – und die einige dieser Profiteure dabei hinwegfegen. Wie wir letzten Monat geschrieben haben:

„Arbeiterkomitees müssen gegründet werden, um die Verteilung der Lebensmittel zu überwachen, um den Würgegriff der parasitären Kleinhändler, Schwarzmarkttypen und prokapitalistischen Bürokraten zu zerschlagen, die am liebsten die neuen kapitalistischen Ausbeuter Rußlands

Fortgesetzt auf Seite 18

# SPARTAKIST 4

## Abonniert die Zeitung der SpAD!

Volles Abo (10 Ausgaben): DM 5,—  
enthält *Spartacist* (deutsche Ausgabe)  
Einführungssabo (5 Ausgaben): DM 3,—

Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

Sp 92

Bestellt bei:  
Postfach 51 06 55  
1000 Berlin 51

Konto 11988-601  
Postgiro Frankfurt/Main  
BLZ 500 100 60



Бюллетень № 1  
50 копеек/DM 2,—  
Наш адрес:  
SpAD, Postfach 51 06 55  
1000 Berlin 51

Приложение № 5  
10 копеек  
Спартаковец/СССР  
121019 г. Москва  
г-19, а/я 19

## Sowjetunion...

Fortsetzung von Seite 17

werden würden. Die enormen Vorräte an Lebensmitteln, die sie horten, müssen beschlagnahmt und verteidigt werden, wozu die Bildung von *Arbeiterverteidigungskomitees* nötig ist, d. h. der Kern von Arbeitermilizen, in Zusammenarbeit mit prosozialistischen Elementen der Sowjetarmee.“

Solche Komitees, ausgeweitet auf die Betriebe, um Entlassungen und Privatisierungen dadurch zu verhindern, daß sie die Kontrolle über die Produktion übernehmen, könnten die Basis sein für wirkliche Sowjets, die in ihre Reihen auch Kollektivbauern, unterdrückte Minderheiten, werktätige Frauen und Veteranen der Roten Armee aufnehmen würden – alle diejenigen, die die Opfer der „neuen Ordnung“ sein sollen. Solche Aktionen, selbst wenn sie anfangs nur auf ein bestimmtes Gebiet beschränkt wären, würden die immer verzweifelteren arbeitenden Massen elektrisieren.

Als Kommentar zu der überwältigenden Zustimmung für die Unabhängigkeit der Ukraine, selbst in Gegenden mit vorwiegend russischer Bevölkerung, sagte Juri Baldyrew, ein Führer des Bergarbeiterstreikkomitees des Donbass (Donetz-Becken): „Wenn Rußland mehr Wurst hätte als wir, dann hätten die Leute wahrscheinlich gegen die Unabhängigkeit gestimmt“ (*Independent* [London], 7. Dezember 1991). Aber wenn die Ukraine im Augenblick, was die Lebensmittelversorgung angeht, vergleichsweise besser dasteht als Rußland, so werden Krawtschuks kapitalistische Maßnahmen sich als nicht weniger destruktiv erweisen als die Jelzins. Dem Donbass droht die völlige Verwüstung, und die Bergarbeiter reden von möglichen Streikaktionen in den kommenden Monaten.

Es ist entscheidend, daß die Arbeiter der unterschiedli-

chen Republiken und Nationalitäten die Pläne der nationalistischen Führer durchkreuzen, die Sowjetunion zu zerstückeln und ein Volk gegen das andere aufzubringen. Dazu ist ein Kampf gegen alle Manifestationen von nationalistischer Bigotterie und von Antisemitismus nötig – multinationale Arbeiterverteidigungsgruppen müssen organisiert werden, um die großrussischen Faschisten von Pamjat und die faschistischen Banden hinwegzufegen, die jetzt in den anderen Republiken auftauchen, die versuchen, die allgemeine Unzufriedenheit über das Elend des „freien Marktes“ in antisemitische Demagogie umzuleiten. Bei einer Protestkundgebung im Moskauer Gorki-Park trug ein faschistischer Demonstrant ein Plakat, auf dem stand: „Fleisch ist knapp, bringt das große zionistische Schwein Jelzin um.“

Die Situation, der sich das sowjetische Proletariat sechseinhalb Jahrzehnte nach der Machteroberung durch die stalinistische Bürokratie gegenüber sieht, ist in der Tat verzweifelt. Es ist verdammt spät, um gegen die Konterrevolution anzukämpfen. Die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) tritt dafür ein, zu den Prinzipien und Zielen zurückzukehren, die die bolschewistische Partei beseelt haben und die zum Sieg des Oktober geführt haben. Wir kämpfen dafür, eine leninistisch-trozkistische, internationalistische Partei aufzubauen, die im Wettstreit mit anderen prosowjetischen Parteien um die Führung die großen Massen der Sowjetunion in den Kampf für eine bessere, antikapitalistische Zukunft einbeziehen kann, indem sie zurückkehrt zu den Grundlagen der Oktoberrevolution von 1917.

Vereitelt die Kampagne für die Wiederherstellung des Kapitalismus und verschafft dem Proletariat wieder seinen rechtmäßigen Platz: Wer arbeitet, muß die Herrschaft haben. *Sowjetische Arbeiter: Bildet Sowjets, um die Hungersnot zu verhindern und um die Union zu retten!* ■

## Euro-Reich...

Fortsetzung von Seite 1

Deutschland unterstützten „Unabhängigkeit“ Kroatiens und Sloweniens. Die USA, England und Frankreich und andere westeuropäische Staaten argumentierten, daß eine „selektive Anerkennung“ nur den Bürgerkrieg in Jugoslawien verschärfen und vielleicht Nachbarländer mit gleichen Nationalitäten hineinziehen werde sowie die imperialistischen Mächte selber. Sie wollten eine Politik verfolgen, die Jugoslawien als ein Gebiet für kapitalistische Ausbeutung intakt zu halten versucht.

### Das Komplott der Deutschen

Selbst wenn Bonn keine Bundeswehrsoldaten hinschickt, ist die Anerkennung von Kroatien und Slowenien tatsächlich eine *Kriegshandlung*. Aber Serbien war in zwei Weltkriegen Deutschlands Feind. Und heute entsteht eine neue deutsche „Achse“, zu der Italien, das mini-imperialistische Österreich, Dänemark, Ungarn, die baltischen „Republiken“ und die Tschechoslowakei gehören. Eine Grundlage für diese Achse ist die Abhängigkeit von der D-Mark, so daß die Bundesbank die Wirtschaftspolitik dieser Länder bestimmt. Deutschland will sich mit Österreichs Unterstützung die reichsten Brocken aus der Rebalanisierung Jugoslawiens unter den Nagel reißen, nämlich Kroatien und Serbien, überwiegend katholische Gebiete, die früher zum Kaiserreich Österreich-Ungarn gehörten.

Washington und London haben sich scheinheilig beklagt, daß Deutschland sowie Japan sich geweigert haben, ein klein bißchen eigenes Blut zu vergießen für solche Heldentaten wie das „Wüstensturm“-Massaker am Golf, um Bushs Version der „Neuen Weltordnung“ durchzusetzen. Gleichzei-

tig läuft es den Gegnern von Deutschland und Japan aus dem Zweiten Weltkrieg eiskalt den Rücken runter, da beide Mächte wieder aufrüsten und entsprechend ihrer wachsenden wirtschaftlichen Stärke in der Außenpolitik bestimmter auftreten. Jahrzehntlang wollte Bonn, das sozusagen unter einem Zweite-Weltkriegs-Syndrom litt, außenpolitisch nicht auffallen; doch zugleich half es Südafrika, Atomwaffen zu entwickeln, und es finanzierte Konterrevolutionen von Portugal bis Polen. Angesichts des rapiden Niedergangs der Wirtschaftsmacht der USA verfolgt Bonn eine aggressivere Außenpolitik. Der von den USA dominierten NATO stellt es eine von Deutschland dominierte europäische politische Union (die WEU) entgegen mit der Perspektive, seine eigenen Streitkräfte zu entwickeln. Dabei benutzt Bonn aus Eigeninteresse das Allzweck-Feigenblatt für imperialistische Abenteuer, die UNO.

Monatelang hat Bonn den Anspruch von Kroatien und Slowenien auf „Unabhängigkeit“ unterstützt und gleichzeitig behauptet, es werde nicht auf eigene Faust handeln. Ende November aber versprach Reichskanzler Kohl in einer Bundestagsrede, Kroatien und Slowenien noch vor Weih-

### Anti-Nazi-Filme out in Kroatien

Laut einer Meldung von AFP will Kroatiens Fernsehen keine Filme mehr zeigen, in denen die Deutschen als Nazis und Aggressoren dargestellt werden. Das meldet die Belgrader Agentur Tanjug unter Berufung auf die kroatische Wochenzeitung *Danas*. Nach TV-Meinung wäre es „schlechter Geschmack“, solche Filme zu zeigen, da Deutschland als „einsamer Ritter die Interessen Kroatiens verteidigt“.

nachten anzuerkennen. Bonn zeigte damit den Verhandlungsführern von UNO und EG, Cyrus Vance und Lord Carrington, sowie den USA, Britannien und Frankreich die Nase. Obwohl Deutschland kein Mitglied des UN-Sicherheitsrats ist, verhinderte es dessen Abstimmung über einen Antrag gegen jede Maßnahme, die eine diplomatische Lösung im Bürgerkrieg „verzögern“ würde – womit die Anerkennung von Kroatien und Slowenien gemeint war. Genscher, Außenminister des Vierten Reichs, setzte dann seine EG-Amtskollegen unter Druck, bis sie einen von Italien vorgeschlagenen „Kompromiß“ akzeptierten: danach werden Slowenien und Kroatien bis zum 15. Januar anerkannt, vorausgesetzt, sie erfüllen die demokratischen „Bedingungen“ der „Neuen Europäischen Ordnung“. Anschauliches Beispiel für solche „Bedingungen“ ist zweifellos die „Gastfreundschaft“, die Italien den albanischen Flüchtlingen gewährt hat, oder die Roma und Cinti in den diversen westeuropäischen „Demokratien“ zuteil wird, wo Faschisten sie ungestraft ermorden und die Regierungen sie von Land zu Land jagen. Wenn es auch noch Zweifel gab, ob der „Gemeinsame Markt“ von der D-Mark beherrscht oder sogar gleich nach ihr D-Markt benannt werden wird, dann wurden sie zwei Tage später ausgeräumt, als die Bundesbank die Leitzinsen auf das höchste Niveau seit 60 Jahren anhob. Damit zwang sie Frankreich bei seiner Rekord-Arbeitslosigkeit und andere westeuropäische Länder, die in der Flaute stecken, nachzuziehen.

Als Bush Kohl anrief, um ihn um eine Verschiebung der Anerkennung zu bitten, weigerte sich der Reichskanzler, den Anruf von Bush entgegenzunehmen – diese Brückierung unterstreicht die neuen Machtverhältnisse. Er hatte nämlich zu viel zu tun bei einem CDU-Parteitag in Dresden, wo „ein großer Erfolg für uns und die deutsche Politik“ gefeiert wurde (*Der Spiegel*, 23. Dezember 1991). Andere Parteien, besonders die Sozialdemokraten, sind noch nationalistischer gewesen als die CDU. So hat SPD-Chef Engholm Bonn die *Verzögerung* der Anerkennung von Kroatien und Slowenien vorgeworfen – Kroatien, das vom Usta-scha-Apologeten Franjo Tudjman regiert wird; Slowenien, dessen Regierung schon alle Kollaborateure von Hitler-Deutschland und Duce-Italien aus dem Zweiten Weltkrieg amnestiert hat. Der außenpolitische Sprecher der SPD, Norbert Gansel, ging sogar weiter. Er nannte die EG-Übereinkunft einen „faulen Kompromiß“: „Bedingungen müssen erfüllt werden, wie man sie von keinem anderen Staat fordert“ (*tageszeitung*, 18. Dezember). Um diese sozialdemokratische Realpolitik näher auszuführen: Die Türkei massakriert Kurden, und Deutschland verfolgt türkische und kurdische Arbeiter – und sie haben (deshalb) sehr freundliche diplomatische Beziehungen.

Die Reaktion in den amerikanischen Medien war gedämpft, aber besorgt. Man versuchte, gute Miene zu dieser diplomatischen Niederlage zu machen, die den schwindenden Einfluß des bankrotten amerikanischen Imperialismus auf die „Festung Europa“ deutlich vor Augen führte. Die *New York Times* (18. Dezember) verpackte es so: „Kohl zum Kompromiß über Jugoslawien“. Nach etwas Überlegung zitierte ein späterer *NYT*-Artikel (6. Januar) Kreise im US-Außenministerium, die sich darüber aufregten, daß Kohl das Wort „Sieg“ für den diplomatischen Coup benutzte, ein Wort, das mit Deutschlands letztem Reichskanzler aus der Mode gekommen war. Doch ein weiterer Artikel, ganz im Stil von Metternichs Realpolitik, unter der Überschrift „Die Macht des neuen Deutschlands anerkennen“, argumentierte: „Man sollte Europas stärkste Macht zum ständigen Mitglied des Aufsichtsrats der wichtigsten Weltmächte machen: des UN-Sicherheitsrats.“ Deutschland „hat offensichtlich begriffen, daß seine Interessen auf dem Balkan weiter gehen als die Revision europäischer Institutionen, nämlich bis zur



Spartakist

**Kroatische Nationalisten demonstrieren vor dem Reichstag für Anerkennung – jetzt haben sie sie gekriegt. Dies ist ein klarer Kriegsakt des Vierten Reichs**

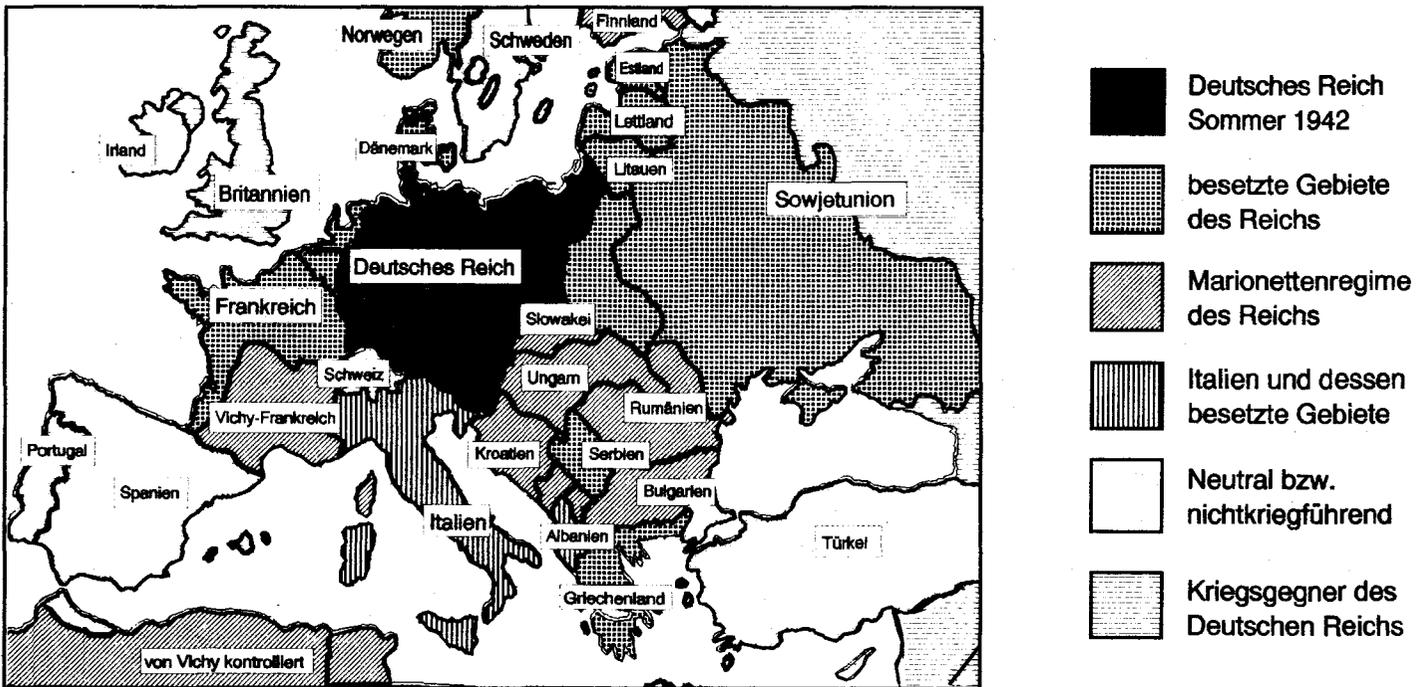
Revision der europäischen Grenzen“. Der Artikel fragt dann bedeutungsvoll: „Kann der globale Revisionismus lange auf sich warten lassen?“. In der Tat! Diese Ansicht fand sich auch wieder bei der erzreaktionären Jean Kirkpatrick, eine Todesschwadronen-Liebhaberin und Kalte Kriegerin, die die USA bei der UNO vertrat, als Reagan und Kohl bei den SS-Gräbern in Bitburg strammstanden.

Bei westeuropäischen Zeitungen reichte die Reaktion von Verärgerung bis Hysterie. *Le Figaro* jammerte: „Das Europa, das in Maastricht entworfen wurde, sollte kein deutsches Europa sein“ (*NYT*, 27. Dezember). Ach so?! Der britische Handels- und Industrieminister Nicholas Ridley nannte die EG, ehe Thatcher ihn feuern mußte, ein „deutsches Komplott mit dem Ziel, ganz Europa zu übernehmen“. Typisch für die britische Ansicht über Bonns letzte Schritte ist ein Artikel im *New Statesman* (20.–27. Dezember) vom BBC-Korrespondenten Misha Glenny unter der Überschrift: „Deutschland schürt die Flammen des Krieges“. Er macht den recht offensichtlichen Punkt: „Es gibt kaum Zweifel darüber, daß Deutschland sich als primus inter pares [Erster unter Gleichen] in Europa etablieren will.“ Aber keine allzu große Sorge, meint er: diesmal benutzen sie wirtschaftliche Mittel, auch auf dem Balkan. Aber jetzt kauft das unabhängige Kroatien Waffen auf dem freien Markt, statt sie aus Deutschland herauszuschmuggeln zu lassen durch die große und mächtige rechtsgerichtete Gruppe von Kroaten in Bayern. Und der Krieg wird sich nach Bosnien, Makedonien und darüber hinaus ausweiten. Kapitalistische wirtschaftliche Expansion geht „friedlich“ vonstatten, nachdem Eroberungen gemacht und Konkurrenten ausgeschaltet worden sind, aber dazu gehört unvermeidlich der Krieg; das gibt jeder zu, der nur ein bißchen weiß über die beiden letzten Weltkriege.

**Blauhelme: Tarnung für imperialistisches Morden**

Viele hoffen auf den Plan des UN-Sicherheitsrats, 10 000 Infanteristen und Polizisten zu entsenden, die an drei Fronten in Kroatien eingesetzt werden sollen. In Deutschland wird diese Hoffnung geteilt von der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), dem sozialdemokratischen Nach-

Fortgesetzt auf Seite 20



Spartakist Grafik

**Hitlers Deutsches Reich im Oktober 1942: Die heutige deutsche Achse basiert auf alten Freunden. Jetzt will das Vierte Reich wieder Osteuropa beherrschen. Trotz Stalin zerschlugen die sowjetischen Werktätigen den Hitler-Faschismus, ein Ausdruck der Errungenschaften der Oktoberrevolution. Der Aufstieg des wiedervereinigten deutschen Imperialismus findet statt, während die Sowjetunion auseinanderfällt. Nur proletarische Revolution kann einen neuen Holocaust und nuklearen Weltkrieg verhindern**

## Euro-Reich...

Fortsetzung von Seite 19

folger der stalinistischen Regierungspartei der ehemaligen DDR. *Neues Deutschland* (6. Januar) schreibt: „Ohne die Stationierung von Blauhelmen ist wohl eine Beendigung des Krieges in Kroatien nicht mehr möglich.“ Neben diesem Artikel ist ein weiterer Artikel abgedruckt, schamloserweise und offensichtlich ohne ein Gespür für die groteske Ironie: „Die größten Verlierer des Golfkrieges sind die Kinder“. Er



dpa

**18. Juli 1991: Reichskanzler Kohl empfängt den kroatischen Ustascha-Anbeter Franjo Tudjman, Marionette des deutschen Imperialismus**

berichtet, daß es infolge der *anhaltenden* UN-Blockade in den Krankenhäusern selbst keine Salbe gibt, von Antibiotika ganz zu schweigen, und daß Cholera und Typhus das Ausmaß von Epidemien erreicht haben. Der Artikel er-

wähnt nicht, daß die PDS 1990 die UN-Sanktionen unterstützte, als diese den Vorwand lieferten für die massive US/NATO-Mobilmachung zum Massenmord im Irak. Jetzt appelliert die PDS an die UNO – die die „Killing Fields“ der Roten Khmer wieder in Kambodscha einführt und die die Kinder des Irak ermordet –, sie möge dem Balkan den „Frieden“ bringen.

Wenn die UNO idiotisch genug ist, militärisch zu intervenieren, dann würden *Revolutionäre die Seite der jugoslawischen Armee und Serbiens ergreifen gegen die von den Imperialisten unterstützten Kräfte*, egal, ob die einen Blauhelm tragen oder nicht.

Die deutschen Medien feixen, zum augenblicklichen Waffenstillstand habe die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens viel mehr beigetragen als deren „Verzögerung“. Doch zur Feuerpause kam es eher, weil die kriegführenden Seiten erschöpft sind und Erfolge erzielt haben, und weniger aufgrund der diplomatischen Fähigkeiten von Genscher oder Vance und Carrington. Kroatien hat seine „Unabhängigkeit“ gewonnen, die serbisch dominierte jugoslawische Armee hat ein Drittel von Kroatien gewonnen. Für großserbische Chauvinisten wie Serbiens starken Mann Milosevic können solche UN-„Friedenstruppen“, wenn sie entlang der Schlachtlinien in Kroatien stationiert werden, die Grenzen der Eroberungen markieren, so wie für Israel im besetzten Palästina. Für Tudjman können sie den Schutzwall bilden, hinter dem er mit Krediten der Deutschen Bank eine ausgewachsene Armee aufbauen kann, während Kroatien und Slowenien in Neokolonien des deutschen Imperialismus verwandelt werden.

Trotzdem scheint dieser „Waffenstillstand“ langfristig nicht stabiler zu sein als die 14 vorherigen; er verschafft nur eine Atempause zur Umgruppierung der Kräfte. Serbisch-nationalistische Milizführer in Kroatien verurteilen bereits den UN-Plan. Milosevic ist dabei, seine chauvinistischen Träume eines „neuen Jugoslawiens“ zu verwirklichen, reduziert auf ein „Großserbien“, das aus Serbien und Montenegro sowie aus den neuen „Republiken“ bestehen soll, die von den serbischen Minderheiten in Kroatien, Bosnien und

Herzegowina ausgerufen wurden. Diese beanspruchen die Hälfte von Bosnien und Herzegowina, obwohl sie nur 31 Prozent der Bevölkerung ausmachen; 44 Prozent sind moslemischer Abstammung und 17 Prozent sind Kroaten. Bei Geheimverhandlungen zwischen Milosevic und Tudjman wurde vielleicht schon über die Aufteilung von Bosnien diskutiert. Das nächste und potentiell blutigere Stadium des Bürgerkriegs wird schon vorbereitet: Einheiten der jugoslawischen Armee werden aus Kroatien abgezogen und beziehen zusammen mit serbischen und kroatischen nationalistischen Milizen Stellungen in Bosnien.

Aber die nationalistischen Ansprüche machen nicht an der jugoslawischen Grenze halt. Sowohl Bulgarien als auch Griechenland erheben Anspruch auf das frischgebackene „unabhängige“ Makedonien, wo wiederum eine starke albanische Minderheit lebt – 20 Prozent der Bevölkerung. Milosevic zerschlug brutal die Autonomie von Kosovo in Serbien, wo 80 Prozent der Bevölkerung Albaner sind. Kosovo grenzt an Albanien und Makedonien. Nachdem italienische Truppen Tausende albanische Flüchtlinge aus Italien brutal rausgeschmissen haben, sind sie jetzt wieder in Albanien, das sie während des Zweiten Weltkriegs besetzt hatten. Es gibt auch Berichte über Gefechte entlang der Grenze zwischen Kosovo und Albanien. Inzwischen spricht Ungarn unter dem rechtsgerichteten Nationalisten Jozsef Antall davon, die 400 000 ethnischen Magyaren der Vojvodina in Nordjugoslawien zu verteidigen, deren Autonomie von Milosevic zerschlagen wurde.

### Vereinigte Sozialistische Staaten von Europa

Jahrzehntelanger wirtschaftlicher Druck der Imperialisten, u. a. die Hebelwirkung deutscher Bankkredite, hat in Verbindung mit „Marktreformenten“ sowie wirtschaftlicher und politischer „Dezentralisierung“ in Jugoslawien dazu gedient, die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Regionen zu verschärfen und den historischen nationalen Haß wieder zu beleben, die ihren Ursprung haben in den Eroberungen und Rivalitäten früherer Königreiche. Aber der multinationale deformierte Arbeiterstaat, der durch Titos Partisanen mit so großen heroischen Anstrengungen und unter hohen Menschenopfern zusammengeschmiedet wurde, wird jetzt von einem Bürgerkrieg zerrissen, der zwischen „großserbischen“ Chauvinisten und konterrevolutionären Nationalisten geführt wird und in dem beide Seiten erbitterte Feinde der jugoslawischen Werktätigen sind.

Milosevics serbisch-nationalistische Milizen in Kroatien nennen sich Tschetniks nach den serbischen royalistischen Guerillas im Zweiten Weltkrieg, die zwischen britischem Geheimdienst und Gestapo pendelten, während Tudjmans Milizen auf die völkermörderischen faschistischen Ustaschi schauen. Ihr sechs Monate dauernder blutiger Bürgerkrieg hat mehr als 10 000 Tote gefordert und 600 000 zu Flüchtlingen gemacht. Und er hat eine Blutlinie gezogen und historischen Haß geschürt zwischen Nationen, deren Werktätige vereint waren im gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus in seiner abscheulichsten Form.

Aber ihr Krieg ist nicht deshalb zu einem zeitweiligen Stillstand gekommen, weil ihre unersättlichen chauvinistischen Gelüste schon befriedigt wären, sondern weil er auf die wachsende wirtschaftliche Verzweiflung und Kriegsmüdigkeit der Werktätigen beider Nationen gestoßen ist. Bei der jugoslawischen Armee sind Desertationen und Fälle von Kriegsdienstverweigerung dramatisch in die Höhe geschossen. Im letzten April traten 750 000 serbische Arbeiter in einen eintägigen Generalstreik aus Protest gegen die unerträglichen Arbeitsbedingungen. Im November führten 20 000 moslemische, serbische und kroatische Arbeiter in Sarajevo, der Hauptstadt von Bosnien und Herzegowina, einen gemeinsamen Streik durch, weil seit September keine



Editions Planeta

### Jugoslawische Partisanen durchbrachen bei ihrem Kampf gegen die Nazis die nationalen Gegensätze

Löhne ausgezahlt worden waren.

Soweit es im nationalistischen Rahmen des Stalinismus ging, hat das Tito-Regime eine wirklich multinationale Föderation errichtet. Doch „Sozialismus in einem Lande“ ist ein Betrug, besonders für ein relativ rückständiges Land auf dem Balkan, wie der gegenwärtige Zerfall Jugoslawiens zeigt. Aber kapitalistische Konterrevolution kann nur nationalistischen Völkermord und bestialische imperialistische Ausbeutung bedeuten. Es ist dringend notwendig, die Arbeiterklasse und sozialistisch orientierte Offiziere und Soldaten zu mobilisieren zum Kampf gegen die Kräfte des brudermörderischen Nationalismus, die direkt den räuberischen Interessen des westlichen Imperialismus dienen. Dabei müssen sie die Milosevics und Tudjmans stürzen. Dazu ist es notwendig, ihre multinationale Avantgarde zu einer revolutionären Partei zu schmieden, auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus von Lenin, Trotzki und Christian Rakowski.

Die Ermordung des österreichischen Thronfolgers durch einen serbischen Nationalisten in Bosnien hat den Ersten Weltkrieg ausgelöst. Aber die wahren Gründe lagen in den sich verschärfenden interimperialistischen Rivalitäten, nicht zuletzt verursacht durch den verspäteten Aufstieg des Deutschen Reichs zur Weltmacht. Mit dem Zerfall des Stalinismus in Osteuropa und der Sowjetunion bekommt die Welt heute eher den Charakter, den sie am Vorabend des Ersten Weltkriegs hatte. Der Pazifismus ist weiterhin bei den westeuropäischen Arbeiterklassen tief verwurzelt, nicht zuletzt beim mächtigen deutschen Proletariat, wo die Bourgeoisie die Arbeiterbewegung zerstören mußte und die Ketten der Nazi-Diktatur aufzwingen mußte, bevor sie zum imperialistischen Krieg und zum Holocaust übergehen konnte. Es ist heute dringend notwendig, die Arbeiterklassen Westeuropas gegen die steigende Flut von rassistischem Chauvinismus und faschistischem Terror zu mobilisieren, der sich zuerst gegen eingewanderte Arbeiter und Flüchtlinge richtet. Genauso notwendig ist es, das Proletariat Osteuropas gegen brudermörderischen Nationalismus und wachsenden Antisemitismus zu mobilisieren. In seinem Aufruf an Kommunisten, die Vierte Internationale, eine neue Partei der Weltrevolution, zu schmieden, schrieb Leo Trotzki: „Dem Irrenhaus des kapitalistischen Europas muß man das Programm der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa entgegenstellen, als ein Schritt hin zu den Vereinigten Staaten der Welt.“ ■



**Norderstedt, 7. Dezember: Demo zur Verteidigung der Flüchtlinge gegen SPD-geführte Treibjagd. Das SpAD-Plakat „Björn Engholm: Dreckige Pfoten weg von den Norderstedter Flüchtlingen“ erhielt Zustimmung unter Demonstranten**

Spartakist

## Norderstedter Flüchtlinge...

Fortsetzung von Seite 24

Räumung durch die Polizei. Daraufhin wurde ein weiterer Konvoi organisiert, diesmal zur Schalom-Kirche in Norderstedt, und zunächst unterstützte die Gemeinde die Flücht-

### DKP: deutsche „Patrioten“

Jetzt, wo die DKP-Führung nach dem Zusammenbruch des Stalinismus voll auf die bürgerliche Lüge „Tod des Kommunismus“ abgefahren ist, haben sich diese farben- und klassenblinden Nationalreformisten selbst den rassistischen Kern des kapitalistischen Staates zu eigen gemacht. Die DKP-Sprecherin Helga Rosenberg regte sich in *unsere zeit* (18. Oktober 1991) über Immigranten auf. In einer Apologie für die „irreführende Minderheit“ von Nazi-Skinheads erklärt sie, die „Einwanderungswelle“ in diesem „dicht besiedelten Land“ (also Volk ohne Raum) sei schuld am Rassismus. Wie die sowjetischen „Patrioten“, deren antikapitalistische Pose mit russischem Nationalismus und Antisemitismus durchsetzt ist, appelliert der Rosenberg-Flügel an den rückständigsten Teil der Werktätigen.

Danach hagelte es Proteste von DKP-Mitgliedern. In seiner Erklärung vom 2./3. November verkaufte dann der Parteivorstand eine „weiche“ Linie: „Insbesondere fordern wir einen wirkungsvollen Beitrag der Bundesrepublik zur Bekämpfung der eigentlichen Ursachen der massenhaften Flucht von Menschen aus ihren Ländern: dazu gehört, den Einfluß der Bundesrepublik in IWF und Weltbank zum radikalen Schuldenabbau zu nutzen...“. Die Arbeiter von Chile bis Polen wissen, was die imperialistische „Schockbehandlung“ bedeutet. Jetzt bieten diese elenden Reformisten auch noch die deutsche Weltordnung als Rezept an!

Zwar fanden viele DKPler diese Erklärung „unzureichend“, allerdings nur in bezug auf Rosenberg, die „offenbar von unserer Politik ... weit entfernt“ sei, so der Bezirksvorstand der DKP Schleswig-Holstein am 11. November. Doch die Funktion der DKP-Sprecherin wird dabei nicht angetastet! Vielmehr greifen sie Rosenberg als „Sektierer“ an, weil sie sie für ungeeignet halten, den Weg in die „Friedens- und Antifa-Bewegung“ und damit direkt in die rassistische Volksfront der SPD zu organisieren. Keiner der Flügel kämpft für volle Staatsbürgerrechte für Immigranten. Das gemeinsame Band, das sie zusammenhält, ist schwarz-rot-gold.

linge auch mit Essen und medizinischer Versorgung.

Doch SPD-Chef Engholm, der für Sammellager im Stil von KZs eintritt, erklärte die Lage der Flüchtlinge zur Chefsache: Es begann eine allgemeine Hetze gegen die Flüchtlinge, die es wagen, überleben zu wollen, und gegen ihre Unterstützer. Die SPD-Regierung von Schleswig-Holstein und die CDU-Regierung von Mecklenburg-Vorpommern leiteten Ermittlungsverfahren ein wegen Verstoßes gegen das Asylverfahren und wegen Beihilfe. Der CDU-Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Diederich, erklärte: „Die Aktionen der Hooligans und die Flucht der Asylanten haben nichts miteinander zu tun“, sondern durch „linksextreme Autonome“ seien die Flüchtlinge „überredet und teilweise gezwungen worden“, nach Neumünster zurückzufahren. Die „unabhängige“ Presse heulte mit den Wölfen, so wie die *taz*: „Jeder, nun auch die Autonomen, kocht mit der Ausländerfrage sein Süppchen“. Diese alternativ-nationalistische Zeitung sticht inzwischen durch rassistische Schlagzeilen widerlichster Art hervor. Wir fordern: Sofortige Einstellung der Verfahren gegen die Flüchtlinge und ihre Unterstützer!

Seit dem 22. November stellte der Kirchenvorstand der Schalom-Gemeinde und ehemalige Generalsekretär der deutschen Sektion von amnesty international, Pastor Frenz, den Flüchtlingen wiederholt Fristen zum „freiwilligen“ Verlassen der Kirche. Er hält es für „zumutbar“, die Flüchtlinge „im Rahmen der deutschen Asylgesetzgebung“ rassistischem Terror auszuliefern und erklärte, daß der „Kampf um ‚Asylgesetze mit menschlichem Antlitz‘“ nur Deutschen zustehe und „oft jahrelang dauern kann“. Mitte Dezember drehte er die Heizung runter, es gab kein Essen mehr, und Telefonanrufe wurden nicht mehr durchgestellt. Doch am 7. Dezember zog eine Demonstration von 500 durch Norderstedt; Kollegen vom Großbetrieb Jungheinrich, von der IG Medien und der GEW drückten ihre Solidarität aus, in der Bevölkerung werden Spenden gesammelt, und stets ist in der Kirche auch eine Reihe von Unterstützern.

Inzwischen sind unter dem enormen Druck von SPD-Landesregierung und Kirche einige Flüchtlinge, vor allem Familien mit Kindern, nach Mecklenburg-Vorpommern gegangen. Die zwei Flüchtlingswohnheime in Norderstedt – mit empörenden „Wohn“verhältnissen – sind Zielscheibe faschistischer Angriffe. Selbst ein Telefonanschluß, eine elementare Schutzmaßnahme, wird ihnen verweigert.

Nach einem Brandanschlag am 3. Oktober 1991 auf eines der Wohnheime organisierten SpAD-Unterstützer am 3. Oktober 1991 eine Schutzgruppe von deutschen und iranischen Linken, die einen weiteren Angriff abwehren konnte. Wie die von der Deutschen Kommunistischen Par-

tei (DKP) und dem Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) unterstützte Norderstedter Zeitung *Nadelstiche* am 30. November berichtete, organisierten 35 Kollegen vom Metallbetrieb Jungheinrich eine Wache zum Schutz der bedrohten Flüchtlinge vor erwarteten Nazi-Überfällen in der Nacht vor und nach dem 9. November.

### Staatlich verordneter Rassismus: Die SPD marschiert voran

Im Vergleich zu Hoyerswerda, wo die Nazis ein Pogrom organisierten, übernimmt in Norderstedt die SPD-Regierung direkt die Jagd auf die Flüchtlinge. „Demokratischen“ Rassismus zu schüren, ohne daß das Bild vom „häßlichen Deutschen“ um die Welt geht: das ist ihr Programm. Diese Große Koalition reicht von CDU und SPD bis zu den Grünen und zur PDS – es sind ja gerade die von den Grünen verlangten Quoten und das von der PDS geforderte verstärkte Bullenaufgebot, die Engholm mit seiner Abschiebepolitik durchsetzen will.

Die Verteidigung der Norderstedter Flüchtlinge bedeutet einen politischen Kampf gegen diese rassistische Volksfront. Nur ein solcher Kampf kann die soziale Macht der organisierten Arbeiterbewegung für die dringendsten Bedürfnisse der Flüchtlinge mobilisieren: Anständige Wohnungen für die Flüchtlinge, sofort! Weg mit dem Arbeitsverbot! Solche Forderungen sind nur ein Teil der allgemeinen Losung: Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Diese Losung steht gegen die Teile-und-herrsche-Politik des kapitalistischen Systems und ist ein Grundpfeiler des Programms, die Arbeiterklasse im Kampf um die Macht zu vereinen – und wird deshalb auch von sogenannten linken Organisationen gar nicht erst erhoben.

Wir stehen lieber mit Lenin auf der Seite der Arbeiter und Unterdrückten. Eine wirkliche Arbeiterpartei ist ein *Volkstribun*, „der es versteht, auf alle Erscheinungen und Willkür zu reagieren ... an allen diesen Erscheinungen das Gesamtbild der Polizeiwilkkür und der kapitalistischen Ausbeutung zu zeigen ... um *allen* und jedermann die welt-

historische Bedeutung des Befreiungskampfes des Proletariats klarzumachen“ (*Was tun?*). Hierzulande sind die kurdischen, türkischen und jugoslawischen Arbeiter zentraler Bestandteil des Industrieproletariats. Genauso wie sie bei allen Streiks auf dem vordersten Posten standen, können sie eine Schlüsselrolle spielen bei der Mobilisierung der Arbeiter gegen rassistischen Terror.

Die SPD verfolgt die Roma und Cinti in Nordrhein-Westfalen und Hamburg und hetzt gegen diejenigen, die Flüchtlinge zu verteidigen versuchen. So richtig im rassistischen Dreck der SPD suhlt sich die „Sozialistische Arbeitergruppe“. Mit ihrem Schlachtruf „Weder Washington noch Moskau, für internationalen Sozialismus“ amnestiert sie die Bourgeoisie von Auschwitz. Für die SAG ist Rassismus nur CDU-Sache; an der SPD stört sie nur deren „Halbherzigkeit“ und „Zugeständnisse“ an Kohl & Co. Wohin die SAG damit treibt, sieht man an ihrer besonderen Spezialität. Sie hat das Ziel, die „harten, offenen Rassisten, d. h. die Neonazis, politisch von den ‚weichen‘ versteckten Rassisten zu isolieren“ (*Klassenkampf*, Dezember 1991).

### Für den proletarischen Internationalismus!

Eine authentisch leninistisch-trozkistische Partei kämpft unerbittlich gegen Rassismus und Nationalismus auf dem Boden des revolutionären proletarischen Internationalismus: Anständige Wohnungen für die Flüchtlinge, sofort! Weg mit dem Arbeitsverbot! Schützt die Flüchtlingswohnheime gegen Nazi-Terror durch integrierte gewerkschaftliche Selbstverteidigungsgruppen! Zerschlagt die Nazis durch Arbeiter/Immigranten-Massenmobilisierung! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Bei einer antifaschistischen Gewerkschaftsdemonstration 1988 in Neumünster kamen Tausende anständiger Gewerkschafter auf die Straße. Viele davon haben die Antifaschisten von Moabit verteidigt, die gerade einen wichtigen Sieg errungen haben. Die Bereitschaft zur Verteidigung der Flüchtlinge ist da, sie muß mobilisiert werden. Laßt uns auch bei der Verteidigung der Norderstedter Flüchtlinge gewinnen! ■

## Theissen...

Fortsetzung von Seite 13

die heutigen Paragraphen 218 und 219. Der Staat pocht auf sein „Recht“, die Nase überall hineinzustecken, wo er nichts zu suchen hat – von den Arztpraxen bis zu den intimsten Details des menschlichen Sexuallebens.

Die Unterdrückung der Frau ist in der deutschen Verfassung festgeschrieben. Hier gab es keine bürgerliche Revolution, daher gibt es keine Trennung von Kirche und Staat. Obskurantismus und christliches Dogma beherrschen das „Grundgesetz“ und das Verhältnis des Menschen (besonders des weiblichen) zum Staat. Der menschlichen Eizelle wird von der Stunde der Befruchtung an eine „Seele“ angedichtet, Abtreibung steht im StGB neben Kindesmord und Völkermord. Wie der Papst im 16. Jahrhundert pochen die Nachfolger von Freislers Volksgerichtshof auf die Lüge „Abtreibung ist Mord“.

In diesem Geist hat die SPD unter Helmut Schmidt die heutige Variante des Paragraphen 218 gezimmert. Die „Lebensschützer“-Hysterie hat auch Kräfte innerhalb der Grünen und der PDS erfaßt. Die schonende Abtreibungspille RU 486 ist verboten. Die SPD sitzt fromm zusammen mit den Katholiken der Unionsparteien im Oberheuchler-Ausschuß „Schutz des ungeborenen Lebens“, wo sie neue 218-Ketten für Frauen im Großdeutschland schmieden.

Zusammen mit der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands forderten wir stets bei den Protesten gegen die Memminger Hexenjagd und die verhaßten Paragraphen 218/219:

„Bullen, Pfaffen, Richter – raus aus dem Schlafzimmer!“ Die Gewerkschaften haben die soziale Macht, diese Angriffe zurückzuschlagen. Die gesamte organisierte Arbeiterbewegung muß die Rechte der Frauen verteidigen. Gerade jetzt sind massive gewerkschaftliche Proteste dringend notwendig: Weg mit allen Anklagen und Urteilen gegen Dr. Theissen, die Memminger Frauen und ihre Angehörigen! Weg mit den Paragraphen 218 und 219! Kostenlose, qualifizierte und umfassende Gesundheitsversorgung für alle! ■

### KONTAKTADRESSEN

<b>Berlin</b>	SpAD, Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51 Telefon: Westberlin 4 92 78 66
<b>Halle</b>	SpAD, Postlagernd Hauptpostamt, Halle 4020 Telefon: Halle 2 90 55
<b>Hamburg</b>	SpAD, c/o Verlag Avantgarde Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11 Telefon: (0 40) 32 36 44
<b>Leipzig</b>	SpAD, Postlagernd, Leipzig 7022

### SPARTAKIST-TREFFPUNKT

<b>Berlin</b>	Donnerstag von 18.00 bis 21.00 Uhr Linkstreiff, Weddingstraße 6 1000 Berlin 65, U-Bahn Nauener Platz
---------------	--

# SPARTAKIST

## Bei Leuna, Buna, Bitterfeld wie bei Hoechst, BASF: Kampf den Entlassungen! Arbeit für alle!

Unter den Arbeitern der Chemieregion Halle-Leuna-Bitterfeld breitet sich die Empörung gegen die angekündigten Massenentlassungen und Stilllegungen immer weiter aus. Am 19. Dezember 1991 fand im Klubhaus der Leuna-Arbeiter eine Betriebsversammlung statt. Schon im Vorfeld hatten die Leiter und Manager des Betriebes gedroht: Wer da hingehet, der zeigt, daß sein Arbeitsplatz überflüssig ist. Trotz dieser frechen Einschüchterung war das Klubhaus mit mehr als 6000 Kollegen überfüllt. Alle Leiter und Manager wurden ausgeschlossen, „damit die Kollegen frei diskutieren können“.

Nach einer Reihe langweiliger Reden von Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären stand ein Arbeiter auf und sagte: „Wenn wir unsere Arbeitsplätze verteidigen wollen, dann müssen wir wirkliche Aktionen machen!“ Darauf tosender Applaus. Erst dann wurde von Vertretern der IG Chemie eine Demonstration am 18. Januar vorgeschlagen, die in Halle parallel zu einer Konferenz aller Vertrauensleute der Chemieregion stattfinden und eine gemeinsame Kundgebung aller Chemiarbeiter von Leuna, Buna und Bitterfeld/Wolfen sein soll. Wieder tosender Applaus. Angekündigt wurden auch Delegationen aus westdeutschen Chemiebetrieben. Außerdem sollen am 15. Januar Treuhand-Vertreter nach Halle kommen, auch dazu soll es Protestaktionen geben. Bei Leuna wird jetzt darüber diskutiert, wie eine Betriebsbesetzung organisiert werden kann.

Der Grund für die jetzt ausgebrochene Empörung ist der Plan der Bosse, bis 1. Juni die Belegschaft von Leuna von jetzt 14000 auf 8000 Arbeiter zu reduzieren. Gleichzeitig

*Fortgesetzt auf Seite 7*



Spartakist

**Die Treuhand bedeutet staatliche Arbeitsplatz-Vernichtung. Arbeiter brauchen eine Arbeiterregierung für sozialistischen Wiederaufbau der Industrie**

## Arbeiterbewegung: Verteidigt die Norderstedter Flüchtlinge! Stoppt Engholms Abschiebekampagne!

6. Januar — Seit Anfang November halten sich noch über 20 Flüchtlinge in Norderstedts Schalom-Kirche im Norden von Hamburg auf. Damit wollen sie sich vor Engholms SPD-Landesregierung schützen, die sie aus Schleswig-Holstein abschieben will. Doch bereits seit Ende November verschärft der Kirchenvorstand den Druck auf die Flüchtlinge immer mehr, um sie zu verjagen. Verfolgte und hungernde Menschen werden wie Vieh „zwangsverteilt“, ihre Familien werden auseinandergerissen und sie werden rassistischen Überfällen ausgesetzt. Die organisierte Arbeiterbewegung muß dafür kämpfen, daß die Norderstedter Flüchtlinge nicht durch Bullen vertrieben werden! Hände weg von den Flüchtlingen!

Die Gruppe von Flüchtlingen, vorwiegend aus Jugoslawien, Albanien, afrikanischen Ländern und Kurden aus der Türkei, hatte am 12. September die Anshar-Kirche in Neumünster besetzt, um sich vor Nazi-Überfällen zu retten und vor der drohenden Abschiebung nach Mecklenburg-Vorpommern. Unter massivem Druck von SPD-Regierung und Kirche kamen 63 Flüchtlinge am 28. Oktober nach Greifswald. Dort wurden sie am 3. November von 200 Nazi-Schlä-

gern angegriffen; sie hatten Todesangst. Die Busse, mit denen die Nazis nach Greifswald kamen und die der Berliner Polizei bekannt waren, wurden direkt gegenüber der Unterkunft der Flüchtlinge geparkt. Der Überfall dauerte mehrere Stunden. Schleswig-Holsteins SPD-Sozialminister Jansen sagte dazu: „Man muß die Asylbewerber überzeugen, diesen schweren Weg zu gehen“ (*tageszeitung*, 5. November).

Die Flüchtlinge riefen antifaschistische Initiativen von Jugendlichen, Immigranten und Linken um Hilfe, die sofort von Schleswig-Holstein, Hamburg und Berlin aus einen Autokonvoi organisierten, der sie zurück nach Neumünster brachte. Wir begrüßen diese Rettungsaktion. Dennoch hätten die Arbeiter und arbeitslosen Kollegen vom KKW Greifswald mobilisiert werden können, um die Flüchtlinge zu schützen. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung verhindert solche Aktionen wie z. B. in Halle, als die gewerkschaftliche Mobilisierung gegen den NPD-Aufmarsch am 9. November, dem Jahrestag der Reichspogromnacht, in letzter Minute vom DGB abgewürgt wurde. Schon am Tag nach der Rettungsaktion drohte die Anshar-Kirche mit der

*Fortgesetzt auf Seite 22*